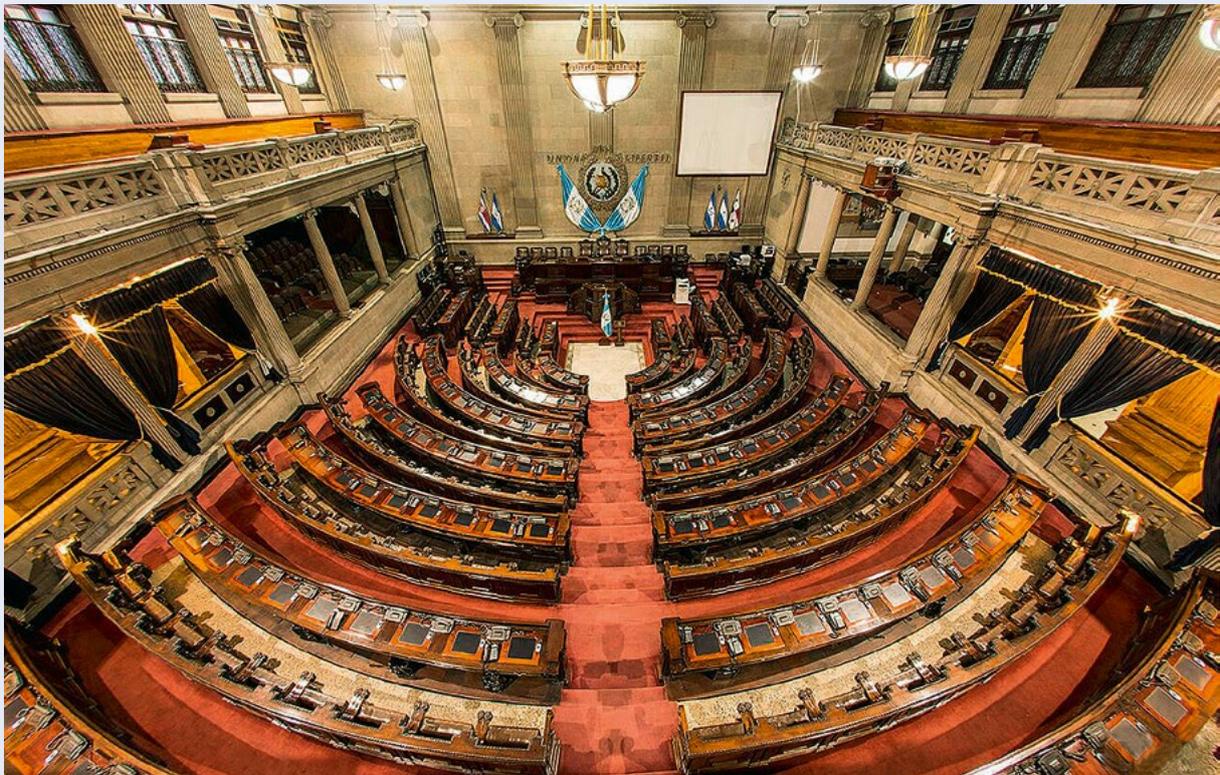


Susanne Luther (Hrsg.)

DEMOKRATIE IM AUFBRUCH

Parlamente als Orte der Entscheidungsfindung



Ulrich Schöler: Internationale Förderung von Demokratie und Parlamentarismus

Axel Neubert: Parlamentarismus im Einparteiensystem: Demokratie auf Vietnamesisch

Chynybay Tursunbekov im Interview: Parlamentarismus in einem schwierigen Umfeld: Das Beispiel Kirgisistan

Susanne Luther (Hrsg.)

DEMOKRATIE IM AUFBRUCH

Parlamente als Orte der Entscheidungsfindung

Impressum

ISBN	978-3-88795-524-3
Herausgeber	Copyright 2017, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. 089/1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzende	Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit	Dr. Susanne Luther (V.i.S.d.P.)
Leiter PRÖ / Publikationen	Hubertus Klingsbögl
Redaktion	Stefan Burkhardt Regina Kistler Kontakt zur Redaktion: ijz@hss.de
Redaktionsschluss	10.01.2017
Druck	Hausdruckerei der Hanns-Seidel-Stiftung
Titelbild	© Kongress der Republik Guatemala

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Von dieser Einschränkung ausgenommen, sind sämtliche Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Diese Ausgabe finden Sie unter folgendem QR-Code auch im Internet zum Lesen und Bestellen.



GELEITWORT

|| Susanne Luther

Liebe Leserinnen und Leser,

„Im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung“ – unter diesem Motto ist die Hanns-Seidel-Stiftung seit nunmehr 50 Jahren aktiv. Dieses Leitbild spiegelt sich auch in der Arbeit des Instituts für Internationale Zusammenarbeit wider. Unser wichtigstes Ziel ist, gemeinsam mit den Partnern vor Ort einen Beitrag zum Aufbau und zur Festigung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen zu leisten sowie zu einer nachhaltigen und gerechteren Entwicklung beizutragen.

Parlamente als Ort der Volksvertretung bilden ein Herzstück der Demokratie. Dabei scheinen sie aktuell ausgerechnet in den westlichen Demokratien unter Druck zu geraten. Die Pluralisierung von Lebenswelten und die fortschreitende Individualisierung machen es zunehmend schwerer, vielfältige gesellschaftliche Bedürfnisse zu einem übergeordneten Gemeinwohl zu bündeln. Auch die wachsende Komplexität und Interdependenz unserer globalisierten Welt tragen hierzu bei und führen zu einer Verengung der Gestaltungsräume. In einem als „postfaktisch“ bezeichneten Zeitalter, in dem Fakten nicht mehr im Mittelpunkt stehen, und sich (vermeintliche) Nachrichten und Meinungen weltweit in Windeseile verbreiten, in Zeiten, in denen populistische Bewegungen die Demokratie herausfordern, fällt es Politikern, Parlamenten und Parteien immer schwerer, ihre Funktion der Willensbildung auszuüben. Der außerparlamentarische Raum scheint hinsicht-

lich Kontroll- und Einflussmechanismen an Bedeutung zu gewinnen. Nicht selten wird von Legitimitätsverlust gesprochen.

Auch unsere Partnerländer stehen vor Schwierigkeiten. Allerdings sind diese oftmals anderer Natur: Neopatriachale oder klientelistische Strukturen erschweren demokratische Prozesse. In etlichen Staaten, in denen wir tätig sind, sind die Staatsbildungsprozesse noch lange nicht abgeschlossen. Hier fehlt die Erfahrung hinsichtlich parlamentarischer Arbeit, Abläufe oder Verwaltung. Auch die Politiker müssen erst Lernprozesse durchlaufen. Eine politische Kultur, in der zum Beispiel die Opposition ebenso als wichtiger Bestandteil des politischen Systems betrachtet wird, muss reifen. Fehlendes Wissen über politische Prozesse, Rechte und Pflichten, mangelndes Vertrauen in die Politik oder eine nur schwache Identifikation der Staatsbürger mit ihren Institutionen stellen Herausforderungen dar.

Dennoch bleiben Parlamente unabdingbar für demokratische Strukturen. In der Trias Exekutive, Legislative und Judikative kommt Ihnen die Rolle der gesetzgebenden Gewalt zu. Es sind die Parlamente, die in einer demokratischen Ordnung verbindliche politische Entscheidungen legitimieren. Sie üben im Sinne der Gewaltenteilung wie -verschränkung wichtige Kontrollfunktionen aus, unter anderem über das Budgetrecht durch die Bewilligung von Steuern oder Ausgaben. Und trotz der genannten Herausforderungen sind es letztlich die Parlamentarier, die, vom Volk als Vertreter gewählt und beauftragt, das Volk repräsentieren und den Willen der Wähler artikulieren.

Es gibt viele Parlamente ohne Demokratie, aber kaum Demokratie ohne Par-

lamente. Die Parlamentsförderung bleibt daher als ein zentrales Element der Stärkung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen und somit von guter Regierungsführung ein wichtiger Bestandteil unserer internationalen Zusammenarbeit. Darin sehen wir die Voraussetzung für ein Leben in Würde und Freiheit, in Sicherheit und Frieden.

Dass sich Institutionenförderung im Bereich Parlamente nicht nur lohnt, sondern gerade im internationalen Kontext essenziell für Entwicklung und Stabilität ist, zeigt Prof. Dr. Ulrich Schöler in seinem Gastbeitrag. Selbstverständlich reichen Parlamente alleine nicht aus für den Aufbau und die Festigung demokratischer Strukturen. Demokratiepoltisches Know-How ist die Basis für Partizipation und eigenes, politisches Engagement. Auch eine pluralistische Parteienlandschaft, die der Gesellschaft Alternativen der Interessensvertretung anbietet, ist ein wichtiger Bestandteil repräsentativer Demokratie. Wie sich „Parlamentarismus im Einparteiensystem“ gestaltet, können Sie in unserem Beitrag aus Vietnam nachlesen. Tom Mboya aus Kenia beschreibt in einem Gastbeitrag hingegen den Versuch, eine neue, nicht ethnisch-orientierte, sondern wertebasierte Partei aufzubauen und ins Parlament zu führen.

Freie und faire Wahlen sind nicht nur ein bedeutendes Instrument der Bürgerbeteiligung, sondern unabdingbar für die Bestimmung der Volksvertreter in einem demokratisch legitimierten Parlament. Unser Artikel aus der Mongolei schildert eindrucksvoll, welchen Einfluss Wahlen und das Wahlsystem auf die Zusammensetzung des Parlaments haben können. Der Beitrag aus Myanmar geht hingegen der Frage nach, wie die Trans-

formation von einem jahrzehntelang diktatorischen hin zu einem demokratischen System rund um das „jüngste Parlament in Südostasien“ vonstattengeht.

In zwei aufschlussreichen Interviews können Sie schließlich mehr über den Parlamentarismus in unseren beiden Projektländern Kirgisistan und Kolumbien erfahren. Das Gespräch mit Parlamentspräsident Chynybay Tursunbekov zeigt auf, wie dieser die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Kirgisistan einschätzt und welche Rolle er sich dabei in seinem derzeitigen Amt zuschreibt. Jorge Humberto Mantilla, Generalsekretär der Abgeordnetenkammer Kolumbiens, geht unter anderem auf die Bedeutung des Parlaments für den kolumbianischen Friedensprozess ein.

Mit der Förderung demokratischer als auch rechtsstaatlicher Strukturen und Institutionen wie Parlamenten wollen wir auch weiterhin einen Beitrag zu den Rahmenbedingungen guter Regierungsführung und damit zu Demokratie, Frieden und Entwicklung leisten.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre,



|| **Dr. Susanne Luther**

Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung

INHALT

- 03 Geleitwort**
Susanne Luther
- 06 Internationale Förderung von Demokratie und Parlamentarismus**
Ulrich Schöler
- 14 Parlamentarismus im Einparteiensystem:
Demokratie auf Vietnamesisch**
Axel Neubert
- 20 The next generation of political party in Kenya**
Tom Mboya
- 24 Wahlrechtsreform und Wirtschaftskrise –
Die Mongolei nach den Parlamentswahlen**
Tserenbaltavyn Sarantuya / Batmunkh Tsevelmaa
- 34 Parlamentarismus in einem schwierigen Umfeld:
Das Beispiel Kirgisistan**
Chynybay Tursunbekov im Interview
- 40 Myanmars Hluttaws – Das jüngste Parlament in Südostasien**
Achim Munz / Lutz Kohne
- 54 Innenansichten der Legislative in Kolumbien**
Jorge Umberto Mantilla im Interview

Ulrich Schöler

Internationale Förderung von Demokratie und Parlamentarismus

Die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist seit langem ein Schwerpunkt der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Verstärkt zeigt sich, dass eine nachhaltige Entwicklung auch stabile demokratische Strukturen auf staatlicher Ebene, insbesondere durch starke Parlamente benötigt. Der Beitrag gibt einen ersten Überblick über die Aktivitäten des Deutschen Bundestages beim Aufbau von Parlamentsverwaltungen in Transformationsländern.

Schlagwörter:

Demokratie - Demokratisierung - Deutscher Bundestag - Parlamentarismus - Entwicklungszusammenarbeit - Parlamentsverwaltung

INTERNATIONALE FÖRDERUNG VON DEMOKRATIE UND PARLAMENTARISMUS

|| Ulrich Schöler

Demokratie, der Aufbau des Staates auf Grundlage der Volkssouveränität, die Bindung des Staates an Recht und Gesetz, Gewaltenteilung, Kontrolle und Partizipation und dem allem vorausgehend: die Definition der Grund- und Menschenrechte – dies ist nicht allein der Kern des Grundgesetzes, eine Beschreibung des politischen Systems der Bundesrepublik, sondern auch die Essenz unseres politischen Selbstverständnisses. Es ist ein Selbstverständnis, das einerseits von den historischen Erfahrungen mit Nationalsozialismus, Völkermord und Krieg geprägt ist, dem unbedingten Willen, dies nie wieder geschehen zu lassen, und andererseits ein Selbstverständnis, das uns mit den westlichen Demokratien, vor allem in Europa, aber auch den USA und anderen Teilen der Welt verbindet. Auch wenn die westliche Demokratie, und vor allen die politisch Verantwortlichen, im Moment durch populistische Bewegungen vor ihrer wohl stärksten Herausforderung stehen, verbindet uns der Gedanke, dass es sich nach wie vor lohnt, die Demokratie, den Aufbau von Rechtsstaat und Parlamentarismus auch international zu unterstützen.

Gerade die europäische Erfahrung zeigt uns: Demokratien führen keine Kriege gegeneinander. Sie finden politische Wege der Konfliktlösung. Schon das allein zeigt den Wert der Demokratie für internationale Stabilität und den Sinn, Demokratieförderung zum Gegenstand von internationaler Politik zu machen. Die zivile Konfliktlösung nach außen spiegelt auch die innenpolitische Errungenschaft der Demokratie: Pluralismus als positiver Wert einer Gesellschaft, demo-

kratische und rechtsstaatliche Verfahren als Formen des politischen Zusammenlebens, Freiheit als Voraussetzung dafür, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger am politischen Prozess beteiligen können.

Wenn Demokratie im Kern regelmäßige freie und faire Wahlen, Informations-, Presse- und Versammlungsfreiheit sowie rechtsstaatliche Beschränkungen und Kontrolle der Regierung meint, so erwirtschaften Demokratien im Vergleich zu Autokratien eine Wohlfahrtsdividende. Bei allen unterschiedlichen Möglichkeiten ein demokratisches System zu organisieren, scheint es doch einen Konsens zu geben, dass die Stabilität von Parlamenten mit funktionierenden Parteiensystemen für das Gelingen von Demokratie ein wichtiger, wenn nicht sogar entscheidender, Faktor ist. Demokratische Parlamente geben der Austragung von Konflikten, dem Austausch von Meinungen und dem Interessenausgleich einen festen Ort, sie bündeln die Meinungen und Mitwirkungsmöglichkeiten. Im Idealfall sind sie ein Ort der öffentlichen Kontrolle der Regierung, und ein Ort der transparenten Auswahl politischen Personals und nachvollziehbarer Mehrheitsentscheidungen zum Wohle der Gesellschaft.

Die Förderung des Aufbaus von demokratisch legitimierten Parlamenten als Teil internationaler Aktivitäten des Deutschen Bundestages liegt damit quasi auf der Hand. Dies gilt in zweifacher Hinsicht. Zum einen auf der politischen Ebene, auf der der Bundestag verstärkt zum Akteur der Außenpolitik wird. Zum anderen ist der Bundestag

selbst Beispiel, „role model“, für viele Parlamente im Wandel geworden. Das Interesse an den besonderen Erfahrungen des Bundestages, an der Expertise seines Personals ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen.

Länder und vor allem Parlamente in einem politischen Transformationsprozess schauen sich heute sehr viel genauer an, welche Vorteile die unterschiedlichen Parlamentsmodelle für das Demokratieverständnis ihres Landes mit sich bringen. Für die Arbeit eines Parlamentes, die Gestaltung seiner Geschäftsordnung und der politischen Abläufe ist es nicht unerheblich, ob man sich zum Beispiel am klassischen Westminster Modell oder am Modell der französischen Nationalversammlung orientiert oder eben am Deutschen Bundestag.

Exkurs IPU

Die Interparlamentarische Union (IPU) ist ein Dialogforum für aktuelle politische, wirtschaftliche und soziale Themen von internationalem Interesse für Parlamentarier aus 171 Ländern. Sie arbeitet dabei eng mit den Vereinten Nationen zusammen. Inhaltlich konzentriert sich die IPU auf den Schutz und die Achtung der Menschenrechte, die Förderung von Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie nachhaltiger Entwicklung, Finanzen und Handel. Praktische Ergänzung erfahren diese Themen durch eine Vielzahl von ausgesuchten Aufbauprojekten. Dazu gehören auch zahlreiche Projekte zum Aufbau von Parlamentsverwaltungen. Die IPU wurde 1889 gegründet und hat seit 1921 hat sie ihren Hauptsitz in Genf. Der Deutsche Bundestag entsendet in der 18. Wahlperiode zu den Versammlungen der IPU eine 8-köpfige Delegation.

Die koloniale Vergangenheit Großbritanniens und Frankreichs und der daraus hervorgegangenen Vereinigung wie Commonwealth und Frankophonie prägen bis heute die Gesellschaften und damit auch das jeweilige politische Selbstverständnis bis

hin zur Organisation der Parlamente erheblich. In den vergangenen Jahren ist jedoch - nicht zuletzt in der Interparlamentarischen Union (IPU) - ein Diskussionsprozess in Gang gekommen, bei dem die Parlamente im Wandel sich die Systeme und Parlamentsmechanismen der etablierten Demokratien im Sinne von „best practices“ anschauen und prüfen, was davon zu den eigenen kulturgeschichtlichen Hintergründen und politischen Rahmenbedingungen passt. In diesem Zusammenhang entdecken viele Länder das Modell der Bundesrepublik Deutschland.

Deutsche Erfahrungen und Rolle des Bundestages

Zum einen interessieren die besonderen Erfahrungen, die Deutschland in seinen Transformationsprozessen gemacht hat, in der jüngeren Vergangenheit bei der Wiedervereinigung, des Umbaus der Planwirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft in Ostdeutschland, aber auch die ganz prägenden Erfahrungen bei der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte, dem Aufbau von Demokratie nach einer Diktatur sowie Verständigung und Versöhnung.

Zum anderen ist die Gestaltung des politischen Systems insgesamt von Interesse: Die Ausgestaltung des Föderalismus, die Stabilität des Parteiensystems, die starke Rolle des Verfassungsgerichts, die besonders prägende Bedeutung der Grund- und Menschenrechte und eben die Rolle des Parlaments.

Die starke Rolle des Bundestages im politischen System, der Bundestag als Herzkammer der Demokratie, steht dabei im Mittelpunkt. Dies zeigt sich einerseits in der Stellung und den Rechten des Bundestages im Grundgesetz, aber ebenso in der parlamentarischen Praxis und Geschäftsordnung. Der Bundestag verfügt über ausgeprägte Kontrollrechte gegenüber der Regierung als Ganzes. Dies zeigt sich besonders in den vielfältigen Minderheitsrechten im Parlament, die einerseits die Opposition, damit aber auch die Kontrolle gegenüber der Re-

gierung stärken. Dies ist umso wichtiger, wenn man bedenkt, dass ein modernes parlamentarisches System eher von einer Gewaltenschwächung als -teilung geprägt ist, d.h. die Parlamentsmehrheit ihre Aufgabe eher in der Stützung der Regierung als in ihrer Kontrolle sieht. Gleichzeitig verfügt der Bundestag mit dem Budgetrecht nicht nur über ein starkes Element der Kontrolle, sondern auch der Gestaltung und Mitwirkung. Ein Vergleich der Rolle der Haushaltsausschüsse von Bundestag, House of Commons und Assemblée nationale zeigt, dass der Bundestag und seine Abgeordneten deutlich mehr konkrete und aktive Steuerungsmöglichkeiten haben.

Das Interesse an all diesen Erfahrungen ist nicht nur ein theoretisches, sondern zeigt sich sehr praktisch in den Nachfragen nach Unterstützung bei der Gestaltung von Verfassungen und Geschäftsordnungen wie nach Unterstützung beim Aufbau von Parlamentsverwaltungen und deren Organisation. Die Anfragen zu Parlamentsberatungen sind in den vergangenen Jahren spürbar gestiegen, auf politischer Ebene wie auch auf Ebene der Verwaltungen.

Aktivitäten des Bundestages

Die politische Unterstützung findet über internationale Gremien wie zum Beispiel den Parlamentarischen Versammlungen wie als Gremium der OSZE oder vor allem der IPU im Verbund mit den Vereinten Nationen statt. Die Aktivitäten der Abgeordneten, vor allem auch in den bilateralen oder multilateralen Parlamentariergruppen des Bundestages sind hier ein wichtiges Element. Einen Rahmen für politische Unterstützung bieten in spezieller Weise auch die Aktivitäten und Kontakte der politischen Stiftungen, die in ihre internationalen Projekte Mitglieder des Deutschen Bundestages einbinden. Gerade hier wird als peer-to-peer Unterstützung sehr wertvolle Arbeit geleistet.

Nicht wenige Akteure in neuen Demokratien weltweit haben durch Programme

der deutschen politischen Stiftungen Einblicke, Erfahrungen und Unterstützung erhalten, die beim Aufbau der eigenen Parlamente hilfreich sein konnten. Dass diese Unterstützungen nicht als Belehrung angelegt und praktiziert werden, ist heute Konsens. Partnerschaftliche Kooperation und Bedürfnisorientierung im interkulturellen Licht sind die Leitbilder in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

Dieser Leitgedanke prägt auch die internationale Zusammenarbeit der Parlamente bei Programmen zur Unterstützung von Parlamentsverwaltungen. Der Aufbau funktionierender und stabiler Parlamentsverwaltungen ist der entscheidende Faktor einer erfolgreichen Demokratieförderung. Eine neutrale und fachlich gut ausgestattete Verwaltung wird als elementare Voraussetzung, neben den politischen Voraussetzungen einer demokratischen Verfassung und Geschäftsordnung, angesehen. Für internationale Projekte des capacity building hat die IPU mit unserer Unterstützung die sogenannten „common principles“ als Selbstverständnis und Standard verabschiedet. Neben dem grundlegenden Gedanken der partnerschaftlichen Kooperation gehören Fragen der Nachhaltigkeit, internationalen Vernetzung und Beachtung demokratischer Mindeststandards dazu.

Der Bundestag hat an der Entwicklung dieser Leitgedanken aktiv mitgewirkt und setzt sie in den eigenen Programmen der internationalen Parlamentsberatung um.

Der Bundestag berät dabei mit zwei Schwerpunkten:

a) institutionelle Perspektive: Geschäftsordnung, Haushalt, parlamentarische Abläufe, Öffentlichkeitsarbeit und weitere einzelne Felder

b) „technische“ Perspektive: welche Infrastruktur ist nötig, damit ein Parlament auch eine politisch starke Stellung einnehmen kann und die Abgeordneten ihre Kontroll- und Mitwirkungsrechte auch effektiv ausüben können?

Zielgruppe der Beratung des Bundestages sind vor allem Parlamentsverwaltungen und ihre Mitarbeiter. Dies beginnt bei technischen Fragen (IT-Ausstattung, Büros), über strukturelle Unterstützung und fachliche Beratung der Gremien bis hin zur inhaltlichen Beratung durch einen Wissenschaftlichen Dienst.

Das Interesse am Aufbau eines Wissenschaftlichen Dienstes ist international sehr groß. Die besondere politische Bedeutung eines Wissenschaftlichen Dienstes, und davon ausgehend die politische Relevanz bei einer Beratung, die über das reine capacity building hinausgeht, lässt sich hier gut aufzeigen:

Für die Wahrnehmung ihrer Kontroll- und Gesetzgebungsarbeit ist eine (regierungs-) unabhängige Beratung für Abgeordnete essentiell. Ein eigener Wissenschaftlicher Dienst des Parlaments ist dafür elementar. Dazu gehören einerseits technische Ressourcen wie Datenbanken, Bibliothek, freier Quellenzugang. Zugleich benötigt man aber auch wissenschaftlich ausgebildetes Personal zur verständlichen Aufbereitung des Materials für den politischen Ablauf.

Die Arbeit eines Wissenschaftlichen Dienstes erfolgt unabhängig von politischen Mehrheiten, d.h. die Darstellungen sind so neutral, dass sie grundsätzlich von allen politischen Richtungen im Parlament genutzt werden können. Alle Mitglieder eines Parlamentes können den Dienst gleichberechtigt nutzen. Diese Unabhängigkeit stärkt die Rechte der politischen Minderheiten (und ihre Fähigkeit zur politischen Kontrolle) besonders. Die politische Interpretation bzw. Aufbereitung ist dagegen Sache der Abgeordneten und ihrer Arbeitsstäbe. Nur die politische Ebene hat auch die demokratische Legitimation (und den Auftrag) politisch zu bewerten und zu entscheiden.

Wie dies aber praktisch funktioniert, welche personellen, technischen und politischen Herausforderungen das im Alltag mit

sich bringt, ist Gegenstand von Beratungsaktivitäten. Und dies lässt sich nicht abstrakt vermitteln, sondern nur durch Kolleginnen und Kollegen der Bundestagsverwaltung, die tagtäglich in diesem Umfeld und mit diesen Herausforderungen arbeiten.

Das gilt noch viel mehr für die Beratungsaktivitäten mit dem thematischen Schwerpunkt der Geschäftsordnung. Auch hier lässt sich abstrakt darstellen, was eine Geschäftsordnung ist. Aber was dies in der Praxis des Parlamentsalltags besonders im Plenum oder bei streitigen Aspekten wie z.B. der Interpretation von Minderheitenrechten im Plenumsgeschehen oder bei der Gremienbesetzung wie auch in der Ausschussarbeit bedeutet, welche Rolle hier eine Verwaltung als fachkundige Beratung hat, kann man am besten und ganz praktisch aus erster Hand vermitteln. Denn: Politische Theorie und parlamentarische Praxis unterscheiden sich mitunter erheblich.

Dies verdeutlicht die beiden Spezifika einer Parlamentsberatung des Bundestages: Zum einen wird ersichtlich, dass capacity building für eine Parlamentsverwaltung nicht allein eine technische Frage, sondern eine im Kern politische Funktion in der Demokratieförderung hat und zum anderen bietet der Bundestag Erfahrung und Expertise aus erster Hand, die kein politikwissenschaftliches Institut so vermitteln könnte. Entscheidend ist zudem, dass die Beratungsaktivitäten des Bundestages als Partner immer ein Parlament als Ganzes haben und nicht nur eine politische Fraktion oder Partei. Ziel ist es, das jeweils andere Parlament insgesamt zu stärken und somit eine wesentliche Voraussetzung für politische Stabilität zu schaffen.

Politische Schwerpunktsetzungen

Das Präsidium des Bundestages legt jährlich inhaltliche und regionale Schwerpunkte der Beratungen fest. Diese spiegeln die politischen Umbrüche und Veränderungen wider: in den 90er Jahren bildeten die

ost- und mitteleuropäischen Länder einen Schwerpunkt, seit Mitte der 2000er Jahre die Balkanregion und seit 2012 sind dies Länder aus dem arabischen Raum. Hier zeigt sich auch, wie sehr solche Programme Teil der politischen Entwicklung sind. In Ost- und Mitteleuropa haben sich die Demokratien etabliert, viele Länder sind aktive Mitglieder der Europäischen Union geworden. So ist aus dem Unterstützungsprogramm für den polnischen Sejm mittlerweile ein gegenseitiger Mitarbeiteraustausch geworden, der gleichberechtigt neben dem langjährigen Austauschprogramm des Bundestages mit der französischen Assemblée nationale steht. Die Neuerungen in der arabischen Welt sind hingegen noch in Bewegung. Sie bedürfen weiterhin intensiver Betrachtung und bringen immer auch wieder Rückschritte mit sich. Ägypten ist dabei ein Beispiel für zunächst hoffnungsvolle Kooperationsansätze, parlamentarisch wie auch mittels der Arbeit der politischen Stiftungen. Die politischen Entwicklungen haben zwischenzeitlich jedoch zu einem Stopp der Zusammenarbeit geführt. Andere Projekte entwickeln sich überaus positiv, wie die Kooperationen in Tunesien und Marokko zeigen.

Instrumente

Die Instrumente reichen von kurzfristigen Expertenentsendungen, einwöchigen Schulungsprogrammen in Berlin bis hin zu langfristigen Projekten, die über ein Jahr und länger laufen. Bei der Auswahl der Instrumente ist der Austausch mit dem Partner, dem Zielland der Beratung ganz wesentlich. Einerseits um anbieten zu können, was gewünscht und sinnvoll ist; und andererseits um anbieten zu können, was auch vom Bundestag geleistet werden kann. Auch wenn die Unterstützung beim Aufbau anderer Parlamente ein politisch formuliertes Ziel ist, so gehört sie nicht zu den Kernaufgaben des Parlaments beziehungsweise der Bundestagsverwaltung. Die Verwaltung verfügt über einen eigenen Arbeitsbereich für internationale Projekte, dieser wird seit 2015 auch ausgebaut. Aber Expertise aus

erster Hand muss aus den operativen Bereichen kommen, wie beispielsweise Parlamentssekretariat, Wissenschaftlicher Dienst, IT-Technik, Öffentlichkeitsarbeit und viele mehr. Projekte der Parlamentsberatung laufen hier zusätzlich und neben der regulären Arbeit. Daher ist eine klare Analyse der eigenen Möglichkeiten auch Teil der Entscheidungsvorbereitung. Dies führt automatisch zur Notwendigkeit einer Prioritätensetzung im Hinblick auf die Ressourcen neben der politischen Prioritätensetzung durch das Präsidium.



Prof. Dr. Ulrich Schöler ist seit September 2011 Stellvertreter des Direktors beim Deutschen Bundestag. Stationen seiner beruflichen Laufbahn waren u.a. zwischen 1990 und 1998 Leiter des Büros von Wolfgang Thierse, MdB, 1998 bis 2004 Leiter des Präsidialbüros des Deutschen Bundestages, 2004 bis 2006 Leiter der Unterabteilung Internationale Beziehungen des Deutschen Bundestages und seit Dezember 2006 Leiter der Abteilung Wissenschaft und Außenbeziehungen. Seit 2009 ist er Mitglied der Exekutive und 2011 bis 2014 Vizepräsident der weltweiten Vereinigung der Parlamentsgeneralsekretäre (ASGP).

Vernetzung

Zur Vorbereitung einer Prioritätensetzung gehört im Vorfeld der Präsidiumsentscheidung auch eine umfassende Recherche über den Stand vergleichbarer Projekte anderer Länder und Institutionen, um eventuell Ressourcen zu bündeln. Gerade die Diskussionen in der IPU haben gezeigt, dass oftmals doppelt und dreifach beraten wird. Internationale Kooperation, nicht zuletzt im Rahmen der EU, kann hier Synergieeffekte schaffen. Dazu gehört auch ein Austausch mit den politischen Stiftungen, die international sehr aktiv sind. Auch hier bieten sich Kooperationsmöglichkeiten. Vorschläge und Projekte des Bundestages sind aber immer

auch Gegenstand von Abstimmungen mit den Schwerpunktsetzungen und Aktivitäten des Auswärtigen Amtes. Zum einen ganz praktisch, weil Projekte des Bundestages im Ausland ohne die praktische Unterstützung der Botschaften vor Ort nicht möglich sind. Zum anderen würde es konzeptionell wenig Sinn machen, wenn zwei Verfassungsorgane völlig unterschiedliche Schwerpunkte setzen und je einzeln Projekte auf den Weg bringen würden, die man gemeinsam viel besser organisieren könnte. Zumal in den Partnerländern die Aktivitäten Deutschlands als eine deutsche Außenpolitik angesehen werden, unabhängig davon, wer die konkreten Projekte initiiert und finanziert.

Hier hat sich in den letzten beiden Jahren die Kooperation zwischen den unterschiedlichen Akteuren, Bundestag, Bundesregierung, politische Stiftungen, GIZ und andere spürbar verbessert. Bundesrat und Bundestag arbeiten seit langen schon eng und effektiv zusammen. Allen gemeinsam ist der Gedanke, dass man mit den unterschiedlichen Ansätzen, Zielgruppen und Methoden gemeinsam die besten Resultate in der Entwicklungszusammenarbeit und Demokratieförderung erreicht.

Konkret bedeutet dies für den Bundestag, dass die Kooperation mit den politischen Stiftungen die Nachhaltigkeit und Zielgenauigkeit von Beratungsaktivitäten spürbar erhöhen kann. Die Vorortpräsenz der Stiftungen, ihre Kenntnis der gesellschaftlichen und politischen Gepflogenheiten ist sehr hilfreich, um längerfristige Projekte mit geschultem Personal zu organisieren. Im Gegenzug kann der Bundestag mit seinem Personal für Beratungen der Stiftungen Expertise aus erster Hand anbieten. Beispielhaft dafür ist ein Projekt von Bundestag, Bundesrat und Hanns-Seidel-Stiftung zum Aufbau der Parlamentsverwaltung in Myanmar, das seit diesem Jahr vom Auswärtigen Amt finanziert wird. Für alle Beteiligten ist dies auch eine Art Modellprojekt im Hinblick auf Kooperation, Effizienz, Zielgenauigkeit und Nachhaltigkeit.

Fazit

Parlamentsberatung und Kooperationsprojekte sind wesentliche Faktoren für den erfolgreichen Export unseres Demokratieverständnisses, ihr Erfolg wird ganz wesentlich durch die vielfältigen Formen der guten Zusammenarbeit mit den weiteren Akteuren geprägt. Das sind neben den Regierungsinstitutionen insbesondere die politischen Stiftungen mit ihrer Mittlerarbeit.

Demokratie ist nicht selbstverständlich, sie unterliegt kontinuierlicher gesellschaftlicher Entwicklungen und politischer Willensgebungen und braucht vor allem eins: Leidenschaft für Freiheit und Partizipation. Für beides können wir gemeinsam wichtige Grundlagen vermitteln.

|| Prof. Dr. Ulrich Schöler

Stellvertretender Direktor beim Deutschen Bundestag, Leiter der Abteilung Wissenschaft und Außenbeziehungen

Axel Neubert

Parlamentarismus im Einparteiensystem: Demokratie auf Vietnamesisch

Viele sehen die Möglichkeit zur Wahl von Abgeordneten in ein Parlament bereits als Indiz für Demokratie. Jedoch haben Wahlergebnisse in Einparteiensystemen nur eine beschränkte Aussagekraft. Daher stellt sich die Frage, inwiefern sich bei Wahlen in Vietnam ein demokratischer Charakter erkennen lässt? Spätestens wenn die Wahlbeteiligung und das offizielle Endergebnis wieder über 99 Prozent liegen, wird jedem Beobachter klar, dass der Wähler im eigentlichen Sinne keine Wahl hat. Dennoch gibt es Anzeichen, dass sich Vietnams Nationalversammlung zunehmend von der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) emanzipiert und mehr Selbstbestimmung einfordert.

Schlagwörter:

Vietnam - Nationalversammlung - Wahlen - Vietnamesisches Parlament - Parteiunabhängige Kandidaten - Selbst nominierte Kandidaten - Zentral nominierte Kandidaten - Kommunistische Partei Vietnam

PARLAMENTARISMUS IM EINPARTEIENSYSTEM: DEMOKRATIE AUF VIETNAMESISCH

|| Axel Neubert

Aufgaben des Parlaments

Die Nationalversammlung ist das wichtigste Verfassungsorgan in Vietnam. Sie wird in einem Turnus von fünf Jahren neu gewählt und tritt planmäßig zwei Mal pro Jahr in der Hauptstadt Hanoi zusammen. Die Nationalversammlung erlässt neue oder ändert bei Bedarf bestehende Gesetze. Ebenfalls zu ihren Aufgaben gehört die Ernennung des Staatsoberhauptes (aktueller Präsident Trần Đại Quang), des Regierungschefs (aktueller Premierminister Nguyễn Xuân Phúc) und anderer wichtiger Posten, wie bspw. die Richter des Obersten Gerichtshofs. Die Nationalversammlung verabschiedet zudem den jährlichen Staatshaushalt sowie den für das Land wichtigen strategischen sozioökonomischen Fünf-Jahres-Plan. Zudem ist sie dazu befähigt die Verfassung zu ändern.¹ Die Aufgaben der vietnamesischen Nationalversammlung unterscheiden sich damit theoretisch kaum von Parlamenten in anderen Ländern.



Das Parlament von Vietnam, welches 2014 neu eröffnet worden ist. Quelle: gmp architekten, Photograph Christian Gahl.

Dennoch gehören die gewählten Volksvertreter fast ausnahmslos der KPV an. Die KPV regiert das südostasiatische Land ununterbrochen seit 70 Jahren und gehört damit zu den am längsten regierenden Parteien der Welt. Der Grund hierfür liegt im Artikel 4 der Verfassung, die der KPV den alleinigen Führungsanspruch garantiert.² Zu den Pflichten der Abgeordneten gehört es gemäß Verfassung auch die Ideologie der KPV unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu verbreiten und damit einen „allgemeinen politischen Konsens“ zu stärken. Bei der Zusammensetzung der Nationalversammlung wird deshalb stark auf eine ausgeglichene Verteilung der Mandate nach bestimmten Quoten geachtet. Die Regionen Nord-, Süd- und Mittelvietnam sollen etwa gleich stark vertreten sein. Auch müssen alle anerkannten religiösen Gruppen und ethnischen Minderheiten vertreten sein (vgl. Abbildung 1).³ Zusätzlich gibt es Quoten für Vertreter der unterschiedlichen Massenorganisationen, z. B. der staatlichen Gewerkschaft oder der Bauernunion. Obwohl es keine feste Quoten zur Genderverteilung gibt, sind Frauen mit mehr als ein Viertel vertreten und stellen mit Nguyễn Thị Kim Ngân die Parlamentsvorsitzende. Sie gilt damit nach dem Parteivorsitzenden, dem Präsidenten und dem Premierminister als einflussreichste Politikerin.

Für einen Sitz in der Nationalversammlung werden vor allem ältere, verdiente Funktionäre nominiert. Aufgrund des hohen Altersdurchschnitts scheiden etwa zwei Drit-

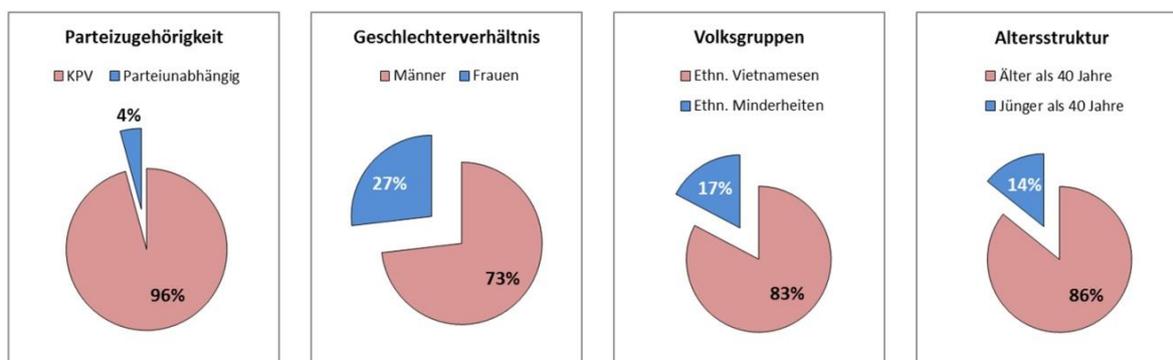
tel der Abgeordneten bereits nach einer Amtszeit aus. Diese hohe Fluktuation steht einer Professionalisierung der Parlamentsarbeit bisher im Wege. Auch haben die meisten Parlamentarier lediglich ein Teilzeitmandat. Zwar ist die Anzahl der hauptamtlichen Abgeordneten über die letzten Jahre kontinuierlich gestiegen und die Professionalisierung nimmt hier wiederum zu, sie liegt aber immer noch bei nur etwa 40 Prozent (vgl. Tabelle 1). Während die nebenberuflichen Volksvertreter überwiegend in ihren Wahlkreisen tätig sind, übernehmen die hauptberuflichen Abgeordneten vor allem die Arbeit in den Parlamentsausschüssen. In den Ausschüssen werden die Empfehlungen der Parlamentarier zwischen den Sitzungsperioden verarbeitet. In der Regel durchlaufen Gesetze nur eine Lesung und werden bei der zweiten Sitzung bereits beschlossen.

Trotz der engen Verbindung zur Partei agieren die Abgeordneten zunehmend selbstbewusster. Spätestens seit der letzten Legislaturperiode gibt es Anzeichen dafür, dass die Mandatsträger ihre Aufgabe, die Arbeit der Regierung zu überwachen, ernster nehmen. Führende Regierungsmitglieder wurden zu Anhörungen vorgeladen und über brisante Themen, wie Misswirtschaft und überhöhte Managergehälter befragt. Fehlverhalten, zumindest auf der mittleren und unteren Ebene, wird nicht mehr vollständig

ignoriert. So musste sich beispielsweise bei der letzten Sitzung im Oktober 2016 der ehemalige Handelsminister Vũ Huy Hoàng für seine frühere Personalpolitik verantworten. Er hatte nahen Angehörigen lukrative Beschäftigungen in seinem Ministerium oder staatlichen Unternehmen verschafft.⁴ Diese Entwicklung steht auch im Zusammenhang mit einem langsam eintretenden Generationswechsel. Eine immer höhere Anzahl von Mandatsträgern haben im westlichen Ausland studiert und dort eine moderne parlamentarische Streitkultur erlebt.

Besonders stark attackierten die Parlamentarier jüngst das Verhalten der Regierung im Fall „Formosa“, der chemischen Verseuchung mehrerer hunderter Kilometer Küste in der Provinz Hà Tĩnh. Sie verlangten Aufklärung über den Umweltskandal, bei welchem ein Stahlwerk, das dem taiwanesischen Mischkonzern Formosa gehört, hochgiftige Abwässer ins Meer geleitet hat. Das Parlament setzte eine offizielle Untersuchung durch, die letztendlich zu einer Strafzahlung von 500 Mill. USD führte.⁵ Auch hat sich mittlerweile eine Kontrolle der Regierung und des Kabinetts nach Art des Vertrauensvotums etabliert. Meist müssen die betroffenen Kader zwar keine direkten Folgen befürchten, dennoch gelten sinkende Vertrauenswerte als wichtiger Stimmungsindikator innerhalb der Partei.

Zusammensetzung der 14. Nationalversammlung



Quelle: Eigene Darstellung mit Daten des National Election Council.

Wahlergebnisse zur Nationalversammlung 2002-2016

	2016	2011	2007	2002
Gesamtzahl der Kandidaten <i>(davon gewählt)</i>	870 <i>(496)</i>	827 <i>(500)</i>	876 <i>(493)</i>	762 <i>(498)</i>
Zentral-nominierte Kandidaten <i>(davon gewählt)</i>	197 <i>(182)</i>	182 <i>(167)</i>	165 <i>(153)</i>	161 <i>(155)</i>
Anzahl zugelassener selbst-nominierter Kandidaten <i>(davon gewählt)</i>	11 <i>(2)</i>	15 <i>(4)</i>	30 <i>(1)</i>	13 <i>(2)</i>
Anzahl von Kandidaten ohne Parteimitgliedschaft <i>(davon gewählt)</i>	226 <i>(21)</i>	118 <i>(42)</i>	148 <i>(43)</i>	127 <i>(51)</i>
Anzahl hauptamtlicher Abgeordneter	198	165	145	118
Anzahl wiedergewählter Abgeordneter	160	167	138	135

Die Anzahl der Teilergebnisse ergibt noch nicht die Gesamtzahl der Delegierten. Auf Grund der Übersichtlichkeit wurde u.a. auf gewählte Parlamentarier verzichtet, die durch die Vaterlandsfront, der Partei, Regierungsinstitutionen, Ministerien, der Nationalversammlung etc. vorgeschlagen worden sind. Quelle: Eigene Darstellung mit Daten des National Election Council.

Der lange Weg zum gewählten Bürgervertreter

Die überwiegende Mehrheit der Kandidaten wird direkt von der KPV bestimmt. Grundsätzlich sind zur Wahl aber auch Kandidaten zugelassen, die nicht Parteimitglieder sind. Für diese Kandidaten sind bis zu 50 Sitze, derzeit ca. zehn Prozent des Parlamentes, reserviert. Jedoch müssen die Kandidaten einen Auswahlprozess durchlaufen, um es auf die abschließende Wahlliste zu schaffen. Die Auswahl der Kandidaten als auch die Wahlen werden von der Vaterlandsfront organisiert. Ihr unterstehen alle regierungstreuen Massenverbände und Organisationen. Sie legt per Quote fest, welchen Anteil bestimmte Bevölkerungsgruppen, z. B. Frauen⁶ oder ethnische Minderheiten haben. Diese so bestimmten vorläufigen Kandidaten müssen drei jeweils lokale und zentrale sogenannte Konsultativkonferenzen durchlaufen. In diesen werden Kandidaten aussortiert und die Vorschläge der KPV integriert. Die Vaterlandsfront wird von der KPV gern als Stimme des Volkes bezeichnet, da sie de jure auf einer Beteiligung der Zivilgesellschaft basiert. De facto benötigt ein Kandidat jedoch ihre Genehmigung, um sich

erfolgreich für die Wahlen aufstellen zu lassen.

Die nicht von der Zentral- oder Provinzregierung gesetzten Kandidaten können in zwei Gruppen unterschieden werden - parteiunabhängige und selbst nominierte. Die Kandidaten ohne Parteimitgliedschaft sind meist Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, z. B. anerkannte Akademiker, berühmte Künstler oder erfolgreiche Unternehmer. Unabhängig sind sie nur in dem Sinne, dass sie keine KPV-Mitglieder sind, liegen dabei jedoch mehr oder weniger auf einer Linie mit der Partei. Wenn die Kandidaten über gute Beziehungen zur Staatsmacht verfügen, können sie sogar darauf hoffen ein Mandat zu erringen. So wurden immerhin 21 der 226 parteilosen Kandidaten auch tatsächlich gewählt. Damit lag die Quote in der Wahl der diesjährigen Nationalversammlung jedoch deutlich unter den vergangener Wahlen (vgl. Wahlergebnisse).⁷ Dies kann auch dahingehend interpretiert werden, dass der Partei der Öffnungsprozess der letzten Jahre zu weit ging.

Die Selbstnominierten verstehen ihre Kandidatur hingegen meist als offenen Pro-

test. Sie wollen dadurch ihre Unzufriedenheit gegenüber der aktuellen politischen Lage ausdrücken. Dabei ist es nicht ungewöhnlich, dass die nominierten Kandidaten versuchen, sich über ganz konkreten Themen, wie z.B. Missstände in der Sozialpolitik, zu positionieren. Selbst wenn sie nicht systemkritisch sind, ist es für sie oft problematisch sich öffentlichkeitswirksam zu präsentieren, da alle Massenmedien einer staatlichen Kontrolle unterliegen. Die Kandidaten können ihre Bekanntheit daher oft nur über soziale Netzwerke steigern. Viele von ihnen treten im Laufe des Auswahlprozesses mehr oder weniger freiwillig zurück.

Die wohl Prominenteste unter den selbst nominierten Kandidaten ist die 32-jährige Sängerin Mai Khôi. Sie bereichert seit einiger Zeit die vietnamesische Musikszene mit kritischen Texten über soziale Probleme, wie Diskriminierung und Korruption. Sie selbst sagte über ihre Kandidatur, dass es ihr Ziel sei, vor allem die junge Generation wieder in den politischen Prozess zu integrieren. Letztendlich wurde jedoch auch ihre Kandidatur von der Wahlkommission wegen „mangelnder Eignung“ nicht zugelassen.⁸ So schafften es gerade einmal elf Kandidaten erfolgreich durch das staatliche Zulassungsverfahren. Zwei wurden anschließend auch in das Parlament gewählt. Von den beiden Mandatsträgern - Nguyễn Anh Trí, Direktor einer Spezialklinik, und Phạm Quang Dũng, Direktor eines großen Baukonzerns - sind vermutlich aber auch aufgrund ihrer Positionen nicht allzu gesellschaftskritische Töne zu erwarten.

Ausblick

Parlamentarier fungieren auch in Vietnam als wichtiges Bindeglied zwischen der Regierung und dem Volk. Die Aufgaben der Volksvertreter bestehen jedoch nicht darin, die Meinung der Wähler zu vertreten und für deren Probleme parlamentarische Lösungen zu finden. Ihre vorrangigste Aufgabe ist es, die Politik der kommunistischen Partei in ihren Wahlkreisen zu vertreten. Eine grund-

sätzliche Änderung des Systems ist nicht zu erwarten. Selbst wenn der verfassungsgemäße Spielraum von bis zu zehn Prozent freier Mandatsträger ausgereizt wird, bleibt ihr politischer Einfluss nur marginal.

Dennoch entsteht durch die Zunahme der freien Kandidaten zumindest im Wahlkampf eine politische Vielfalt. Es bewerben sich Angestellte, Künstler, Lehrer oder sogar Taxifahrer. Sie haben die unterschiedlichsten Motive und machen sogar in geringem Umfang durch Eigenwerbung Wahlkampf. Optimisten sehen darin bereits den Beginn einer unabhängigen Zivilgesellschaft.⁹ Weniger optimistischere Stimmen sehen in den selbst nominierten Kandidaten dagegen lediglich eine Akklamation der Verfassung und damit einer Legitimation des bisherigen Parteiweges.

Tatsächlich ist wohl kaum zu erwarten, dass sich etwas signifikant am Führungsanspruch der KPV, und damit auch den Machtverhältnissen im Parlament, ändert. Ein mögliche weitere Emanzipation der Nationalversammlung wird daher eher von den zentralnominierten Kandidaten ausgehen. Dafür könnte auch die steigende Anzahl an Kandidaten beitragen, die zu einer höheren Konkurrenz um die Parlamentssitze führt. Denn selbst Kandidaten auf den als sicher geltenden zentralen Listenplätze werden aussortiert. So haben es bei der letzten Wahl immerhin 15 Kandidaten der Zentralregierung nicht ins Parlament geschafft. Dadurch werden die Wahlen etwas unvorhersehbarer, vielleicht auch etwas demokratischer.

|| Dr. Axel Neubert

Auslandsmitarbeiter Vietnam

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Socialist Republic of Vietnam Government Portal (2016): URL <http://www.chinhphu.vn/portal/page/portal/English> [21.11.2016].
- 2 Vgl. Communist Party of Vietnam Online Newspaper (2016): URL <http://en.dangcongsan.vn/> [09.11.2016].
- 3 Vgl. The National Assembly Vietnam (2016): URL <http://quochoi.vn/en-US/Pages/default.aspx#> [21.11.2016].
- 4 Vgl. Tuoi Tre (2016): Vietnam industry-trade ministry to restructure as exleader disciplined for wrongdoings, URL <http://tuoitrenews.vn/society/38183/vietnam-industrytrade-ministry-to-restructure-as-exleader-disciplined-for-wrongdoings> [01.12.2016].
- 5 Vgl. VN Express (2016): Formosa's toxic disaster: are fish safe to eat now in central Vietnam? URL <http://e.vnexpress.net/news/news/formosa-s-toxic-disaster-are-fish-safe-to-eat-now-in-central-vietnam-3456368.html>
- 6 Das Wahlgesetz von 2015 bestimmt, dass 35 Prozent der Kandidaten Frauen sein müssen. Bei der Wahl 2016 waren schließlich 39 Prozent Frauen. Der Anteil im Parlament liegt aktuell bei 26,8 Prozent (133 Sitze). Der Anteil der nationalen Minderheiten im Parlament liegt aktuell bei 17,3 Prozent (86 Sitze). Bei beiden weniger als erwartet. Siehe auch Abbildung 1. Vgl. Vietnam Law & Legal Forum Magazine (2016): National Election Council announces election results for 14th Legislature, URL <http://vietnamlawmagazine.vn/national-election-council-announces-election-results-for-14th-legislature-5433.html> [01.12.2016].
- 7 Vgl. Vietnam News Magazin (2016): 14th National Assembly election results announced, URL <http://vietnamnews.vn/politics-laws/297940/14th-na-election-results-announced.html> [02.12.2016].
- 8 Vgl. The New York Times (2016): In One-Party Vietnam, independents vie for assembly seats, URL <http://www.nytimes.com/2016/03/22/world/asia/vietnam-election-mai-khoi.html> [01.12.2016].
- 9 Vgl. East Asia Forum (2016): Are Vietnam's elections becoming more democratic?, URL <http://www.eastasiaforum.org/2016/03/23/are-vietnams-elections-becoming-more-democratic/> [02.12.2016].

Tom Mboya

The next generation of political party in Kenya

Since independence in 1963, major political alignments, realignments, and alliances have taken place on the basis of 'community interests': the misplaced notion that if 'one of our own' is in power, we will be better off as a community. To correct this, a small group of patriotic Kenyans, myself included, began to meet in 2013 and deliberate what role we could play in beginning to craft a new, progressive political discourse. The Democratic Congress (DC), is a values-based political party, established in recognition that much that ails Kenya, especially corruption, impunity, and ethnicity, boil down to the lack of a national values framework.

Schlagwörter:

Ethnicity - Politics - Next Generation - Political Party - Democratic Congress - Leadership - Integrity - Values - Constitution

THE NEXT GENERATION OF POLITICAL PARTY IN KENYA

|| Tom Mboya

Background

Politics in Kenya has always revolved around ethnicity. Since independence in 1963, major political alignments, realignments, and alliances have taken place on the basis of 'community interests': the misplaced notion that if 'one of our own' is in power, we will be better off as a community (ethnic group). In a country that is deeply ethnically oriented, the effect of this orientation on national politics has been significant. Necessarily, it means that larger ethnic groups have a numerical advantage over smaller ethnic groups; and larger ethnic groups, by virtue of their size, are in a position to abrogate power and resources to themselves, to the exclusion of others. The discourse on inclusivity has been prevalent for many years, with some communities feeling marginalized by virtue of their numerical inferiority, and thus, fewer opportunities and representation in government or public office. This argument is often illustrated by the fact that of four presidents since independence, three have come from the same ethnic community, indeed, the largest.

The challenge this creates for national politics, and the culture it creates is one where the politics of ethnicity trumps ideology, or even the needs and aspirations of the average Kenyan. Unfortunately, the politics of ethnicity can be volatile: we in Kenya have first hand experience of that. Following the 2007 general election, a disputed result in the presidential race triggered an orgy of ethnic violence that left more than 1200

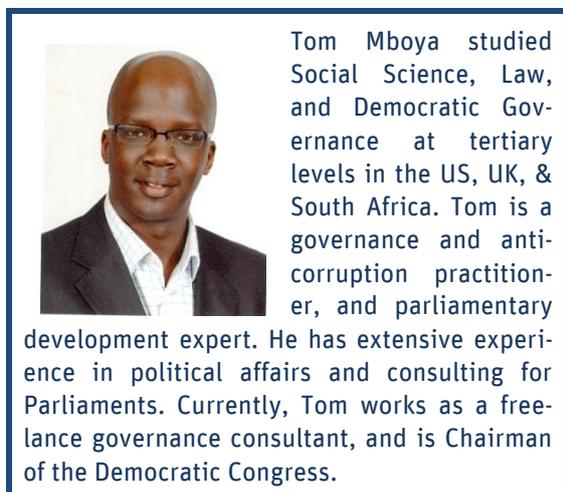
people dead and 600,000 displaced. Kenya is yet to fully recover from this episode!

Rationale

Fast forward to 2013, and in the run up to another general election, political mobilization still took on a predominantly ethnic dimension, much as it has since independence. It is in this context that a small group of patriotic Kenyans, myself included, began to meet and deliberate on why it is that our politics has refused to evolve, and what role we could play in beginning to craft a new political discourse. It was impossible to fathom that in the year 2013, in a rapidly developing Kenya which serves as a regional hub; was a global leader in innovation, especially in the mobile money industry; and boasting the largest economy in the region; still our politics remained backward, largely ethnic, and a polarizing, destabilizing force in the country. It was impossible to comprehend that despite a host of positive indicators, as a country we were failing to realize the true potential that was plain for all to see; and the reason for that failure was an obsolete, exclusionary brand of politics.

While a politics conducted primarily along ethnic lines does not necessarily serve the interests of a particular ethnic group, it does serve a number of sectarian interests. Those who stand to benefit from this brand of politics are elites and the political class, who use their respective ethnic groups as voting blocks. Rarely, however, do they provide any meaningful public goods or 'returns' to the electorate. With the politics of

‘mtu wetu’ (our man/person) deeply entrenched in Kenyan society, it becomes easy to manipulate the electorate in the pursuit of public office.



The Next Generation of Political Party in Kenya

It is against this backdrop that the quest for the next generation of political party began: a party that would welcome and serve the interests of ALL Kenyans. It was clear to us that in a modern age, and with the immense human and intellectual capacity available, Kenya deserved better, and could make even greater strides if only we applied ourselves to the ‘elephant in the room’, the politics of ethnicity, and hence exclusivity. We took the view that it defeated conventional wisdom that so many sectors in Kenya were demonstrating signs of prosperity, EXCEPT for the political sector. Ironically, the political sector has such a profound influence on all others, such that if the political sector is dysfunctional, that dysfunction necessarily filters down to all other sectors, at least to some extent.

In establishing the Democratic Congress (DC), there was a realization early on that it was not necessary for us to reinvent the wheel. Of more importance was to begin to build a political party in its true sense: a membership based institution. Not a purpose-built vehicle targeting a single elec-

toral event, nor an outfit built around a single individual or ethnic group. Rather, a political organization that set its sights on the long-term emancipation of the minds of the Kenyan people, preparing to build a more just and more inclusive society.

Approach to Elective Office

I am extremely proud to be among the founding members of DC, and one of those aspiring to elective office in the upcoming 2017 election. Guided by our values-based ethos, and at this early stage in our development, our focus at this stage lies in County-level seats and parliamentary seats. As a party keen to revitalize public service, we feel that of the 6 elective seats in Kenya, these two positions place us closest to the people themselves, and offer us the best opportunity to begin to address some of the most important issues facing Kenyans, including ethnicity, corruption, and service delivery. This is also very much in keeping with our long-term vision: building our party from the ground up, rather than the failed top-down approach that has been so prevalent in Kenya.

As per the Constitution of Kenya 2010, “The legislative authority of the Republic is derived from the people and, at the national level, is vested in and exercised by Parliament¹”. On the part of the County Assemblies, “The legislative authority of a County is vested in, and exercised by, its County Assembly²”. DC, therefore, seeks to compete for these seats, among others, so as to be able to exercise this legislative authority responsibly, and for the benefit of all Kenyans, as opposed to benefitting political elites. With a progressive Constitution, we feel we are uniquely placed, and dedicated to restoring dignity, sanity and decorum to legislative bodies in Kenya.

A central tenet of our values based ethos is integrity. Uniquely featured in our Constitution is the fact that an entire chapter is dedicated to Leadership and Integrity. This

is in clear recognition of the challenges Kenya has faced in this regard over the years. Chapter 6 on Leadership and Integrity sets a high standard for the qualities those in leadership ought to espouse. Unfortunately, these provisions of the Constitution have been largely ignored since promulgation in 2010. Within DC, the standard set by Chapter 6 is the minimum standard we have set for those wishing to vie for elective office. We are very much alive to the fact that Kenyans have been repeatedly disappointed by a corrupt and self-serving leadership, and yearn for the kind of leadership the Constitution envisaged. The next generation of political party is here to provide that leadership!

|| Tom Mboya

Chairman of the Democratic Congress (DC)

ANMERKUNGEN

- 1 Cf. Constitution of Kenya (2010): Article 94.
- 2 Ibid.: Article 185(1).

Tserenbaltavyn Sarantuya / Batmunkh Tsevelmaa

Wahlrechtsreform und Wirtschaftskrise – Die Mongolei nach den Parlamentswahlen

Trotz des negativen Ansehens der MVP erlitt die DP während der Parlamentswahlen 2016 eine verheerende Niederlage, bei der mehrere Faktoren zusammenspielten, die einerseits von der DP selbst, andererseits durch externe Umstände beeinflusst waren. Ausschlaggebend waren die innerparteilichen Interessen- und Meinungskonflikte, daraus resultierende instabile Regierungsführung sowie kurzfristigen Wahlmanöver, wie vor allem die Änderung des Wahlsystems. Diese Wahlrechtsreform hat unmittelbare Auswirkungen sowohl auf die Parlamentszusammensetzung, als auch auf die pluralistische Demokratieentwicklung der Mongolei.

Schlagwörter:

Mongolei - Wahlen - Wahlrechtsreform - Parlament - Mehrheitswahlrecht - Wahlbeteiligung - Frauen - Wirtschaftskrise - Zivilgesellschaft - Demokratieentwicklung

WAHLRECHTSREFORM UND WIRTSCHAFTSKRISE – DIE MONGOLEI NACH DEN PARLAMENTSWAHLEN

|| Tserenbaltavyn Sarantuya / Batmunkh Tsevelmaa

Die jetzige Regierung der Mongolischen Volkspartei (MVP) hat vor wenigen Wochen ihre ersten 100 Arbeitstage hinter sich gebracht. Die MVP besitzt mit 65 von insgesamt 76 Sitzen eine deutliche Zwei-Drittel-Mehrheit im nationalen Parlament, während die bis dahin regierende Demokratische Partei (DP) lediglich neun Sitze errungen hat und damit nur knapp die Marke von mindestens acht Sitzen erreichen konnte, die nötig ist, um den Fraktionsstatus zu erhalten. Die übrigen zwei Sitze teilen sich die Mongolische Revolutionäre Volkspartei (MRVP), eine Splitterpartei der MVP, und ein Unabhängiger.

Es stellt sich die logische Frage nach dem Überraschungsergebnis: Wie kam es zu diesem unerwartet hohen Sieg der MVP und der Wahlschlappe der DP? Da die DP mit ihren Juniorparteien in der Koalitionsregierung in der gesamten vorangegangenen Legislaturperiode keine durchdachte Wirtschaftspolitik anbieten und seriöse politische Stabilität aufbringen konnte, um der anhaltenden wirtschaftlichen Krise zu begegnen, konnte sie die Erwartungen der Bürger nicht erfüllen. Hohe Staatsverschuldung und Inflation, häufige Korruptionsskandale und Offshore-Fälle, anhaltende Preissenkungen der Rohstoffe auf den chinesischen und internationalen Märkten und die immer weiter wachsende

soziale Ungleichheit verursachten den abrupten Rückgang des Wirtschaftswachstums von zweistelligen Zahlen bis auf gerade einmal 2,4 Prozent im Vorwahljahr. Hinzu kommt, dass sich die DP selbst während der Legislaturperiode schwer zerstritten hat. Noch dazu machte die „Gerechtigkeitsallianz“ aus MRVP und Nationaler Demokratischer Partei (MNDP), einer der beiden Koalitionspartner in der Regierung, zusammen mit der Zivilwillen-Grünen Partei (ZWGP), die Regierungsgeschäfte mit ihren stark populistischen Auftritten noch schwieriger. Auch die plötzliche Bekanntgabe der Koalitionsregierung über den Abkauf des russischen Anteils der Kupfermine „Erdenet“ am Vortag der Wahlen hat den Ausgang der Wahlergebnisse stark beeinflusst. Die oligarchischen, parteiübergreifenden Gruppierungen der DP, in denen auch aufgrund gemeinsamer Geschäftsinteressen Beteiligte aus den Oppositionsreihen zu finden waren, verschärfte die Politikverdrossenheit im Lande und besiegelte somit den folgenschweren Misserfolg der DP – sowohl auf nationaler, als auch provinzieller und kommunaler Ebene.

Als Konsequenz war die oppositionelle MVP nicht nur bei den Wahlen zum Hauptstadtparlament, sondern auch in 19 von 21 Provinzen (vergleichbar mit Landtagswahlen in Deutschland) erfolgreich. Bei den Kommunalwahlen im Ok-

tober 2016 konnte die MVP ihren Sieg erneut bestätigen und in sechs von neun Stadtbezirken und in 227 von 331 Soums (vergleichbar mit den deutschen Kreisen) die Mehrheit erzielen. Die DP setzte sich lediglich in drei Stadtbezirken und 104 Soums durch, dabei teilweise mit sehr knappen Ergebnissen bis zur Ein-Sitz-Mehrheit.

Doch nicht nur die aufgeführten Gründe haben zum Wahlausgang und folglich zur stark veränderten Parlamentszusammensetzung beigetragen, sondern auch die extrem kurzfristige politische Entscheidung des Parlaments, das Wahlrecht nur fünf Wochen vor dem Wahltermin zu ändern hat darauf Einfluss genommen.

Änderung des Wahlrechts und Folgen

Die Parlamentswahlen 2016, die siebten an der Reihe seit der Verabschiedung der neuen demokratischen Verfassung 1992, wurden wieder nach reinem Mehrheitswahlrecht durchgeführt. Das Parlament hat den neuen progressiven Mischwahlmodus von 2012 nach der Entscheidung des mongolischen Verfassungsgerichts abgeschafft und den alten Modus mit Direktmandaten in 76 Wahlkreisen wiedereingeführt.

Die Parlamentswahlen im Jahr 2012 fanden dabei erstmals mit einem gemischten Wahlsystem aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht statt. So wurden 28 Abgeordnete über Parteilisten und 48 Abgeordneten in 26 Wahlkreisen direkt gewählt. Das mongolische Verfassungsgericht gab jedoch Ende April 2016 bekannt, dass das Wahlsystem mit der Listenwahl gegen die Verfassung verstößt, weil die Verhältniswahl das Recht der Bürger verletze, ihre Reprä-

sentanten direkt zu wählen, wie es in der Verfassung steht. Die Spekulationen über eine offensichtliche Einflussnahme der Politiker der beiden großen Parteien MVP und DP auf das endgültige Urteil des Verfassungsgerichts lassen sich gut behaupten. Denn das Verfassungsgericht hatte das bis dahin neue Mischwahlsystem vor den Parlamentswahlen 2012 noch als verfassungskonform anerkannt. Durch die Änderung des Wahlrechts und die Rückkehr zu einem Mehrheitswahlsystem mit Einerwahlkreisen wurden bei den diesjährigen Wahlen 48 Mandate in den 21 Provinzen und 28 in der Hauptstadt Ulaanbaatar vergeben.

Die überraschende Entscheidung des Parlaments kurz vor den Wahlen hatte breite Kritik sowie Proteste in der Zivilgesellschaft und vor allem bei kleineren Parteien ausgelöst. Unter der Änderung litten neben ihren Chancen, ins Parlament einziehen zu können, vor allem auch die der Frauen, da die bisher geltende Frauenquote unter den von den Parteien aufgestellten Kandidaten im Zuge der Wahlrechtsreform von 30 Prozent auf 20 Prozent herabgesetzt wurde. Die Änderung des Wahlsystems und der Frauenquote wurden als „Komplizenschaft“ der DP und MVP, in der sich die beiden großen Parteien gegenseitig begünstigen, und folglich als herber Rückschlag für die mongolische Demokratie bezeichnet. Selbst in den eigenen DP-Reihen gab es Stimmen, die die Änderung des Wahlmodus und der Wahlkreisgeografie als „politischen Selbstmord“ sahen. Sie wurden aber von der DP-Führung nicht ernsthaft wahrgenommen.

Aus Sicht der kleineren Parteien wurde die Situation zudem durch die Begrenzung der Wahlkampfzeit auf ma-

ximal 17 Tage noch weiter verschlechtert. Die aus Kostengründen gefallene Entscheidung, die Bürgerversammlung auf Hauptstadt- und Provinzebene parallel zur nationalen Parlamentswahl durchzuführen, stellte die Bedeutung der Wahlen der zweitgrößten Instanz repräsentativer Demokratie ganz in den Hintergrund der Öffentlichkeit. Lediglich in der Hauptstadt Ulaanbaatar konnten die Wähler einigermaßen wahrnehmen, wie der Wahlkampf zum Hauptstadt-Parlament vonstattenging und welche Wahlthemen im Vordergrund standen.

Die Ergebnisse der Wahlen auf beiden Ebenen der Volksvertretung sprechen für sich. Die MVP errang einen haushohen Sieg, ähnlich wie im Jahr 2000 (damals gewann die MVP 72 von 76 Mandaten). Für sie gingen die einkalkulierten Schachzüge auf: Sie stellt nun nicht nur in 19 Provinzen (bis auf Zavkhan und Sukhbaatar) den Gouverneur, sondern durch den Gewinn von 34 der 45 Sitze in der Hauptstadt dort ebenso den Bürgermeister.

Die Änderung des Wahlgesetzes vom Mai 2016 hat unmittelbare Auswirkungen auf die pluralistische Demokratieentwicklung im Lande und vor allem auf die parlamentarisch-repräsentative Demokratie. Durch das reine Mehrheitswahlrecht wird das Zweiblock- bzw. Zweiparteiensystem stark gefördert. In der vergangenen Legislaturperiode gab es hingegen erstmals in der jungen parlamentarischen Geschichte des Landes eine noch nie dagewesene Konstellation im Gesetzgebungsprozess: Als Ergebnis der Einführung des Wahlrechts mit Mischverfahren wurden drei Fraktionen gebildet. Darüber hinaus schafften es auch drei

unabhängige Kandidaten ins Parlament. Die DP bildete mit 33 Sitzen (23 direkt + zehn über Listenwahl) die stärkste Kraft, gefolgt von der MVP mit 27 (18+9), der „Gerechtigkeitsallianz“ mit elf (4+7) und der ZWGP mit zwei Sitzen (0+2). Nach Stimmenanteil hatte die DP 35 Prozent, die MVP 31 Prozent, die Allianz 22 Prozent und ZWGP 5,5 Prozent erreicht. Es entstand daraus die bereits erwähnte Vier-Parteien-Koalitionsregierung, die aber aufgrund der Überläufe von Abgeordneten in das eine oder andere Lager nicht konstant bis zum Ende der Legislaturperiode aufrechterhalten werden konnte.

Insgesamt erwies sich das neue Mischverfahren zum großen Nachteil beider großen Parteien. Die kleineren Parteien konnten mittels der so errungenen Sitzgewinne in Parlament relativ großen Einfluss ausüben. Dies wurde zu einem der Beweggründe, dass die DP und MVP im gemeinsamen politischen Interesse das neue Wahlgesetz mit reinem Mehrheitswahlrecht ohne nennenswerten Widerstand im Parlament nur rund fünf Wochen vor dem Wahltermin zu ihren (vermeintlichen) Gunsten verabschiedet haben, auch, um so in der kommenden Legislaturperiode ihre Ziele einfacher durchsetzen zu können. Nach Beobachtungen der politischen Experten und Analysten diente die Wiedereinführung des Mehrheitswahlrechts ebenso zur Ausschließung des MRVP-Parteichefs N. Enkhbayar, der noch immer als starker politischer Gegner der MVP und der DP gesehen wird.

Zwischenzeitliche Meinungsumfragen im Vorfeld der diesjährigen Wahlen spiegelten noch ein ähnlich vielfarbiges Bild wider, was die Parteienlandschaft anbetraf. Nach Umfragen des Meinungs-

forschungsinstituts Sant-Maral-Stiftung sah das Stimmungsbild im März 2016 die MVP bei 38,3 Prozent, die DP bei 31,7 Prozent, die MRVP bei 19,3 Prozent, die BWGP bei 2,6 Prozent und die inzwischen hauptsächlich aus dem DP-Anhängerlager neugegründete Nationale Arbeitspartei (NAP) bei 6,2 Prozent. Die beiden kleineren Parteien MRVP und NAP konnten sich bis zu den Wahlen nicht als ernstzunehmende politische Kraft etablieren und gerieten aufgrund einer Korruptionsaffäre in der MRVP-Führung und der parteiinternen Auseinandersetzungen innerhalb der NAP praktisch in die politische Bedeutungslosigkeit. Hinsichtlich der beiden großen Parteien deutete dem Stimmungsbild nach somit einiges darauf hin, dass die DP die Wahlen nicht mehr gewinnen kann. Dennoch war die Führungsriege der DP bis zum Wahltag so selbstsicher, dass die Ergebnisse diverser Studien keinen Einfluss auf sie nahmen und sie die Wahlreform selbst aktiv mit vorantrieb.

Das Wahlergebnis traf die DP somit wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Denn die durchgeführte Wahlrechtsreform führte letztlich zu einem deutlich veränderten Bild hinsichtlich der Parlamentszusammensetzung: So finden sich nunmehr nur noch drei Parteien sowie ein unabhängiger Kandidat im Parlament, wobei, wie bereits erwähnt, 65 der insgesamt 76 Sitze auf die MVP, neun Sitze auf die DP sowie je ein Sitz auf die MRVP und einen unabhängigen Kandidaten entfallen. Diese Deutlichkeit ergibt sich vor allem aufgrund des wieder eingeführten Mehrheitswahlsystems: Betrachtet man die prozentuale Verteilung der Wählerstimmen, so zeigt sich, dass, laut DP-Berechnungen, die MVP 43 Prozent, die DP hingegen 36 Prozent erreicht hat.

Die DP hätte so gemäß altem Wahlmodus mindestens 20 Sitze anstatt der nun neun gewonnenen Mandate erringen können. Dies macht deutlich, welchen großen Einfluss die Änderung des Wahlrechts auf die Parlamentszusammensetzung genommen hat.



Der Plenarsaal der Großen Staats-Khural, dem mongolischen Parlament. Quelle: Abteilung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Große Staats-Khural Mongolei.

Parlament ohne ernsthafte Opposition

Mit dem alten Mischverfahren wäre eine starke Opposition möglich gewesen. Fest steht nun nach den Wahlen jedoch, dass das Kräfteverhältnis der Sitzverteilung mit 65:9:1:1 im Parlament keine seriöse Oppositionsarbeit ermöglichen kann, zumal die mongolische Verfassung keine gesonderten Oppositionsrechte vorsieht. Die MVP, selbst stark überrascht von der Vielzahl der gewonnenen Mandate, verfügt über eine verfassungskonforme Mehrheit; ihre selbstbezeichnete „fachmännische Regierung“ könnte mit der starken Rückendeckung notwendige Einschnitte zur Reformierung der Wirtschafts- und Sozialleistung durchziehen. Angesichts des schwachen Gegengewichts im parlamentarischen Kräfteverhältnis hat die Parlamentsführung die Fraktionsmitglieder der DP je bis zu drei Ausschüssen zugeteilt, um ihre wenigen Stimmen auf Arbeitsebene doch ins Spiel bringen zu können. Der MVP-Fraktion sollte bewusst sein, dass die alleinige Dominanz

in der Gesetzgebung auch viele Risiken in sich birgt, wie einst nach dem Wahlsieg 2000.

Die DP sowie die kleinen Parteien sind sich einig, dass nun der Staatspräsident mit starken politischen Entscheidungsbefugnissen und die unabhängigen Medien ernste Aufsichtsaufgaben übernehmen müssen. Auch die Erwartung der kritischen Zivilgesellschaft ist groß, dass staatliche Institutionen, wie z.B. die Antikorruptionsbehörde oder die unabhängigen Justizeinrichtungen, ohne politische Beeinträchtigungen tätig sein können und die Regierungsgeschäfte unter Anwendung von geltenden Gesetzen und Regeln gestaltet werden. Die DP-Fraktion mahnt ihren politischen Gegner, dass (laut DP-Rechnung) auf die MVP insgesamt nur 43 Prozent der Stimmen entfallen sind, während die elf restlichen Abgeordneten mehr als 50 Prozent der Wählerschaft repräsentieren.

Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen

Die diesjährigen Parlamentswahlen zeigen auch zwei positive Aspekte auf: Zum einen stieg die Wahlbeteiligung leicht an und lag bei circa 72 Prozent im Vergleich zu den Wahlen 2012, bei denen 65 Prozent ihre Stimme abgaben. Der seit 1992 anhaltende Abwärtstrend wurde somit erst einmal gestoppt. Zum anderen hat sich, trotz aller pessimistischen Einstellungen im Vorfeld und der Senkung der Frauenquote, der Frauenanteil im Parlament leicht erhöht. Die Anzahl weiblicher Abgeordneter liegt nun bei 13 (zwölf aus der MVP, eine aus der DP), so dass nun zwei Frauen mehr als vor vier Jahren im Parlament vertreten

sind. Das Thema der Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen wird in der Mongolei nicht anders als in anderen demokratischen Ländern der Welt behandelt. Als Folge der kontinuierlichen Diskussion in der Gesellschaft seit der Einführung der parlamentarischen Demokratie sind bescheidene, aber kontinuierliche Erfolge im höchsten repräsentativen Haus zu verbuchen. Das neugewählte Parlament hat den größten Frauenanteil in seiner demokratischen Geschichte seit 1992. Denn im heutigen Parlament sitzen 13 Frauen gegenüber elf Frauen in der Legislaturperiode 2012 oder gar drei 2008 und 1992. Im Wahljahr 2004 schafften es fünf Frauen, während neun Frauen 2000 und acht 1996 ins Parlament gewählt wurden. Vergleicht man den Anteil der gewählten weiblichen Abgeordneten international, so hat das Land zwar den internationalen Durchschnitt von 21,9 Prozent noch nicht erreicht, konnte aber eine beachtliche Steigerung des Anteils in den letzten zwei Legislaturperioden mit 14 Prozent 2012 und 17 Prozent 2016 erzielen.

Der starke Anstieg 2012 gegenüber 2008 von drei auf elf Frauen Politikerinnen im Zusammenhang mit der Einführung des gemischten Wahlrechts und der Quotenregelung von mindestens 30 Prozent Frauenanteil bei der Kandidatenaufstellung der Parteien zu den Wahlen. Mit der Änderung des Wahlgesetzes wurde aber die Quotenregelung der Frauen auf 20 Prozent reduziert. Demzufolge schickten die beiden großen Parteien je 16 Kandidatinnen in den Wahlkampf. Zwölf Frauen der MVP konnten als Siegerinnen aus dem Rennen hervorgehen, während sich nur eine Frau der DP-Kandidatinnen durchsetzen konnte. Dass zwölf von 16 Frauen der MVP ihren

Wahlkreis gewinnen konnten, wurde aus Expertenkreisen damit begründet, die Wähler hätten diesmal nicht den Kandidaten ihre Stimmen gegeben, sondern aus Protest gegenüber den regierenden Parteien mehr für die MVP abgestimmt. Darüber hinaus bleibt die Diskussion über die Quotenregelung, angesichts der wichtigen Rolle der Frauen auf dem mongolischen Arbeitsmarkt, insbesondere in den Bildungs-, Gesundheits- und zivilgesellschaftlichen Sektoren sowie in den Familien weiterhin prekär wie aktuell.

Ausblick

Nach den verlorenen Wahlen beschäftigt sich die DP mehr mit sich selbst als mit ihrer Oppositionsarbeit. Die aus der Zeit der Regierungsverantwortung tief verwurzelten Auseinandersetzungen der Interessengruppierungen innerhalb der Partei setzen sich noch immer in parteiinternen Diskussionen über einen Reformkurs und damit über einen Neuanfang der politischen Verantwortung fort. Eine Einigung wird sich nach Beobachtung des bisherigen Geschehens nicht einfach erzielen lassen. Bei einer möglichen Nichteinigung der Partei-leader vor und auf dem angekündigten Parteitag im Dezember 2016 könnte die bittere Erfahrung wiederholt werden, dass aus der DP neue Splitterparteien hervorgehen.

Unter Umständen gibt es dennoch Bemühungen, an einer neuen politischen Konzeption und einer neuen Satzung zu arbeiten sowie mit einem neugewählten Parteivorsitzenden Reformen einzuleiten. In den Präsidentschaftswahlen im Sommer 2017 sieht die DP ihr politisches Überleben. Ihr angestrebtes Reformvorhaben soll die entscheidende

Grundlage für ein besseres Abschneiden bei diesen Wahlen legen. Die Partei beabsichtigt damit, die politische Kontrolle über die regierende Partei im Rahmen des Möglichen auszuüben. Es wird sich nun zeigen, ob sie die richtigen Schlüsse ziehen kann. Sie kann ihre Oppositionszeit nutzen, um sich selbst neu aufzustellen. Dazu würden die Förderung des politischen Nachwuchses, die Einführung der innerparteilichen Demokratie und die Arbeit an einer langfristigen Vision für die Mongolei gehören.

Der deutliche Sieg der MVP bei den diesjährigen Parlamentswahlen lässt weiter eine leise Hoffnung auf eine Verbesserung der gesamten Wirtschaftssituation im Lande aufkommen. Denn die MVP gilt innerparteilich als stabil und diszipliniert. Eine daraus resultierende, kontinuierlichere Regierungsführung könnte das Vertrauen der inländischen Unternehmen und ausländischen Investoren zurückgewinnen. Nach der Verabschiedung des Regierungsprogramms 2016-2020 Anfang September 2016 durch das Parlament erklärte der neue Premierminister J. Erdenebat die Kernpunkte seiner Regierungspolitik: Umsetzung kurzfristiger Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise und Förderung ausländischer Investitionen ins Land. Knapp zwei Monate später ließ die Regierung das „Programm zur Überwindung der Wirtschaftskrise und Stabilisierung der Wirtschaftslage“ vom Parlament verabschieden. Das Programm sieht in erster Linie die Stabilisierung der makroökonomischen Wirtschaftspolitik und Förderung des Wirtschaftswachstums durch mittelfristige Änderung der Wirtschaftsstruktur und kontinuierlichen Abbau der Schulden vor. Es sollen dabei bis zu 60 wirtschaftspolitische Maßnahmen mittels

kurz- und mittelfristigen Wirtschaftsprogrammen und -projekten umgesetzt werden.

Inwieweit dies tatsächlich gelingt, muss sich im Laufe der Legislaturperiode zeigen. Denn typisch für die mongolische Parteienlandschaft mit circa 20 offiziell registrierten Parteien ist, dass diese oft nicht nach ihren politischen Ideologien und Konzeptionen voneinander zu unterscheiden sind. Selbst die beiden großen Parteien sind anhand ihrer Profile nicht einfach zu differenzieren. Die MVP bezeichnet sich als eher sozialdemokratisch orientierte Linkspartei, die DP als wirtschaftsliberale Partei rechts der Mitte. Doch in der realen Politikgestaltung und -umsetzung sind sie sich stets ähnlich geblieben. Noch keine von ihnen hat es in den vergangenen 25 Jahren geschafft, fundamentale Wirtschafts- und Sozialreformen mit Zukunftorientierung durchzusetzen. Ihre Wahlprogramme und -versprechen beinhalten ihrem Wesen nach die gleichen Angebote bzw. Lösungen. Die drohende Gefahr, dass sich die Wähler an die „Geber- bzw. Retter-Mentalitäten“ der Politiker gewöhnen, lässt nach mehr demokratischer Diskussions- und Streitkultur in der Gesellschaft verlangen, um pluralistische und alternative Entwicklungskonzepte im politischen Willensbildungsprozess anzulegen.

Die weiteren mittel- und langfristigen Auswirkungen der Änderung des Wahlmodus und des daraus resultierenden Wahlergebnisses auf die parlamentarisch-repräsentative Demokratie in der Mongolei hängen von verschiedenen Faktoren ab. Auf der einen Seite scheint es schwierig, ein tatsächliches parlamentarisches Gegengewicht zur überwältigenden Mehrheit der MVP-

Regierung bilden zu können. Auch wenn es der DP gelingen sollte, sich bei den 2017 stattfindenden Präsidentschaftswahlen mit ihrem Kandidaten durchzusetzen, sind seine parlamentarischen Kontrollfunktionen, wie zum Beispiel das Vetorecht gegenüber Parlamentsentscheidungen, durch die deutliche Zwei-Drittel-Mehrheit der MVP, mit der das Veto überstimmt werden kann, relativ eingeschränkt. Auch eine Amtsenthebung im Falle eines Amtsmisbrauches wäre mit dieser Mehrheit möglich. Medien, Zivilgesellschaft sowie die kleineren Parteien scheinen ihrer Kontrollfunktion im Sinne einer wirksamen außerparlamentarischen Opposition nicht gewachsen zu sein.

Dem Großteil der Medien fehlt dafür noch die nötige umfassende Unabhängigkeit. Die mongolische Zivilgesellschaft ist bisher stark von einzelnen Führungspersonlichkeiten geprägt, von denen mittlerweile viele in diverse politische Parteien eingetreten sind, um auf diesem Weg Einfluss ausüben zu können. Die kleineren Parteien wiederum sind schwach, weil auch sie entweder stark von ihren Führungspersonlichkeiten abhängig sind oder ihre internen Spannungen und Spaltungen nicht überwinden können. Den größeren Parteien mangelt es darüber hinaus noch an einer politischen Kultur, die der Stimme einer außerparlamentarischen wie parlamentarischen Opposition ausreichend Gehör schenkt.

Auf der anderen Seite zeichnet sich nicht ab, dass die MVP ihre absolute Mehrheit zum eigenen Vorteil ausnützen und es so zu einer Gefährdung der demokratischen Entwicklung in der Mongolei kommen könnte. Eine revolutionäre, demokratiefeindliche Bestrebung

war von dieser Partei bisher noch nie zu beobachten. Die MVP strebt stattdessen das Image einer soliden politischen Partei an. Darüber hinaus kann der direkt vom Volk gewählte Staatspräsident durch andere politische Befugnisse ein Gegengewicht zum Parlament bilden. So ist er etwa für die Ernennung von Richtern zuständig, schlägt ein Drittel der Besetzung der Verfassungsrichter vor oder hat auch den Vorsitz über den nationalen Sicherheitsrat inne. Zudem muss der gewählte Präsident vor seiner Amtseinführung auf die Mitgliedschaft in einer politischen Partei verzichten.

Das Thema Wahlrecht wird zwar hier und da gelegentlich von kleineren Parteien angesprochen, ist aber sonst kaum noch in den Debatten zu finden. Es wird, zumindest bis zu den nächsten Wahlen, voraussichtlich nicht intensiv zur Diskussion kommen, da es momentan von für die Gesellschaft relevanteren Aspekten, vor allem der anhaltenden Wirtschaftskrise, überlagert wird. Möglicherweise ist eine abschließende Lösung auch nur mittels einer Verfassungsreform zu finden, da laut der aktuellen Auslegung des Verfassungsgerichts nur das Mehrheitswahlsystem verfassungskonform sei.

|| Prof. Dr. Tserenbaltavyn Sarantuya

Projektleiterin Mongolei

|| Batmunkh Tsevelmaa

Soziologe

Chynybay Tursunbekov im Interview

Parlamentarismus in einem schwierigen Umfeld: Das Beispiel Kirgisistan

Chynybay Tursunbekov ist seit 27. April 2016 kirgisischer Parlamentspräsident. Im Interview mit der Hanns-Seidel-Stiftung, das am 17. Mai 2016 von Herrn Max Georg Meier, Projektleiter Zentralasien der HSS, im Parlamentsgebäude in Bischkek geführt wurde, sprach der ausgebildete Philologe über die historischen Wurzeln des Parlamentarismus in Kirgisistan, die schlechten Erfahrungen seines Landes mit dem Präsidialsystem, das auch heute noch die autoritär regierten Nachbarstaaten prägt, und seine Vision für die Fortentwicklung der parlamentarischen Demokratie in dem kleinen zentralasiatischen Land mit seinen sechs Millionen Einwohnern. Die kirgisischen Bürger von der Richtigkeit dieses Modells zu überzeugen und sie zur aktiven Teilnahme an der Entwicklung des Staates zu motivieren, nennt er als seine vorrangigen Aufgaben.

Schlagwörter:

Parlamentarismus - Entwicklungsstrategie des Parlaments - Parlament als lebender Organismus - Institutionelle Weiterentwicklung des Parlaments - Politische Partizipation - Bürgerbeteiligung

PARLAMENTARISMUS IN EINEM SCHWIERIGEN UMFELD: DAS BEISPIEL KIRGISISTAN

|| Chynybay Tursunbekov im Interview

Wie sehen Sie ihre neue Aufgabe als kirgisischer Parlamentspräsident?

Tursunbekov: Es ist eine große Verantwortung, Vorsitzender eines Parlaments zu sein. Leider gibt es auch heute viel Kritik an unserem kirgisischen Parlament. Ich glaube jedoch, dass die laufende Abgeordnetenversammlung [Anm. des Verfassers: 6. Legislaturperiode] gut arbeitet. Ich werde Ihnen jetzt nicht die Zahl der in dieser Legislaturperiode erarbeiteten bzw. verabschiedeten Gesetzesentwürfe und –beschlüsse aufzählen. Wir als Abgeordnete sollten nicht nur mit der Gesetzgebung beschäftigt sein, sondern eng mit den Wählern arbeiten. Wir dürfen den Kontakt zu diesen niemals verlieren. Wir sind durch die Stimmen unserer Wähler beauftragt und verpflichtet, deren Erwartungen zu erfüllen.

Wir müssen der bis zum Jahre 2021 gültigen Entwicklungsstrategie des Parlaments folgen. Es genügt nicht, nur Gesetze zu erlassen. Es ist notwendig, diese in der Praxis umzusetzen und mit Leben zu erfüllen. Hier müssen die dem Parlament zur Verfügung stehenden Monitoringmechanismen noch verbessert werden.

Das Parlament muss auch die Qualität der gebilligten Dokumente verbessern. Bedauerlicherweise passieren unsere Gesetzesvorlagen oft die zuständigen Kommissionen und das Plenum in Eile, ohne dass auf ihre Eigenheiten und wesentlichen Inhalte detailliert eingegangen wird. Und dann sind alle überrascht, dass diese Gesetze nicht funktionieren. Der Grund dafür ist offensichtlich: Sie sind noch „roh“. Deshalb werde ich zuerst versuchen, die Qualität von Gesetzesentwürfen zu erhöhen.

Als Ihre Kandidatur von der SDPK-Fraktion angekündigt wurde, sagten Sie, dass, falls Sie gewählt würden, die Tür Ihres Büros immer für alle Mitglieder des Parlaments offenstehen würde – ohne Ausnahme?

Tursunbekov: Ich werde die Abgeordneten nicht in „unsere“ und die „anderen“, in Regierungskoalition und Opposition unterteilen. Das Parlament ist nicht mein „persönlicher Besitz“, wo ich mit dem einen spreche und den anderen ignoriere. Ich habe kein Recht, eine solche Haltung einzunehmen. Wenn die Abgeordneten der Oppositionsfractionen ein Problem diskutieren wollen, werde ich mich darüber freuen. Ich unterstütze jede Art von Dialog. Es ist wichtig für mich, die Meinung von allen zu erfahren, besonders auch von den jungen Kollegen, weil gerade sie in der Regel viele neue konstruktive Ideen haben.



Der kirgisische Parlamentspräsident Chynybay Tursunbekov im Gespräch mit dem HSS-Auslandsmitarbeiter in Zentralasien, Dr. Max Georg Meier. Quelle: HSS Zentralasien.

Nach vielen Jahren als Parlamentarier, wie sehen Sie selbst Ihr Parlament heute?

Tursunbekov: Ein Parlament ist immer ein lebender Organismus. Die Tatsache, dass manchmal auch inoffizielle Informationen

oder Gerüchte in Umlauf kommen, ist wahrscheinlich ein ganz normales Ereignis, das zum jungen Parlamentarismus unseres Landes gehört. All das kann auch als ein Zeichen dafür gewertet werden, dass unser Parlament mit Leben erfüllt ist. Aktive Debatten, oft sogar Redeschlachten über Gesetzesentwürfe sind an der Tagesordnung. Jeder Abgeordnete bzw. jede Abgeordnete hat das Recht, seine bzw. ihre Meinung frei auszudrücken.

Es ist auch mir bekannt, dass es Abgeordnete gibt, die nicht regelmäßig an den Sitzungen teilnehmen. Die deswegen vom

kirgisischen Parlament eingeführten Strafen haben bisher noch zu keiner Verbesserung geführt. Ich denke, dass wir hier Lösungen zusammen mit den Fraktionsvorsitzenden finden sollten.

Was ist ihre Vision dafür, den Parlamentarismus in Kirgisistan weiterzuentwickeln und die Arbeit des kirgisischen Parlaments zu stärken?

Tursunbekov: Wir erleben in Kirgisistan gerade die Anfangsphase des Parlamentarismus. Für dessen Erhalt und seine Weiter-

Parlamentarismus in Kirgisistan

In den letzten 25 Jahren hat Kirgisistan insgesamt sechs parlamentarische Versammlungen erlebt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde zunächst die **12. Versammlung des Obersten Rats der Volksvertreter der Kirgisischen Sowjetischen Sozialistischen Republik** in die **Oberste gesetzgebende Körperschaft** der damals schon unabhängigen und nicht mehr sowjetischen Kirgisischen Republik umgewandelt. Dieses allgemein als „**legendär**“ benannte **Parlament** verabschiedete die erste Verfassung, die nationale Währung (Kirgisische Som) und die nationalen Symbole wie Flagge, Hymne und Staatswappen. Dem folgten **weitere fünf Parlamentsperioden** in Kirgisistan. Die Zahl der Abgeordneten änderte sich fast in jeder Legislaturperiode und es gab teilweise auch Parlamente mit zwei Kammern.

Heute liegt die Legislative in Kirgisistan bei einem **Einkammerparlament** (Dschogorku Kenesch). Dieses besteht aus **120 Abgeordneten**, die nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden. Nach der gültigen Verfassung kann keine Partei mehr als 65 Sitze erhalten. Um den Einzug ins Parlament zu schaffen, muss eine Partei **sieben Prozent der Stimmen** erzielen (bezogen auf die Gesamtzahl der an der Wahl teilnehmenden Bürger) und in jedem der sieben Regierungsbezirke sowie in den Städten Bischkek und Osch mindestens 0,7 Prozent der Stimmen erreichen (bezogen auf die Gesamtzahl der in jedem Regierungsbezirk und in den beiden Städten an der Wahl teilnehmenden Bürger).

Nach dem **gültigen Wahlgesetz** haben alle kirgisischen Bürger ungeachtet ihrer Herkunft, Rasse, Geschlecht, Ethnie, religiösen oder politischen Überzeugungen ab 18 Jahren das Recht zu wählen und können ab 21 Jahren selbst gewählt werden. Die Abgeordneten werden ausschließlich über Parteilisten und für fünf Jahre gewählt. Die Möglichkeit von Einzelkandidaturen ist seit 2007 nicht mehr gegeben.

Das nationale Parlament wählt **seinen Vorsitzenden und seine Stellvertreter** aus den Reihen der 120 Abgeordneten. Die Stellvertreter des Vorsitzenden werden aus der Gruppe der Abgeordneten der parlamentarischen Opposition gewählt. Die Wahl des Vorsitzenden erfolgt in geheimer Abstimmung und zur Wahl wird die Mehrheit der abgegebenen Stimmen benötigt. Der Vorsitzende ist gegenüber dem Parlament rechenschaftspflichtig. Das Parlament kann ihn entlassen, benötigt dafür aber eine Mehrheit von nicht weniger als zwei Dritteln aller Abgeordneten. Wenn die Regierungskoalition, aus deren Reihen der Parlamentsvorsitzende stammt, die parlamentarische Mehrheit verliert, hat dies seinen Rücktritt zur Folge.

Die **Aufgaben** des Vorsitzenden des kirgisischen Parlaments sind: Die Vorbereitung und Leitung der Plenarsitzungen des Parlaments; die Unterzeichnung von verabschiedeten Gesetzen; die Vertretung des Parlaments inner- und außerhalb der Kirgisischen Republik; die Interaktion mit der Verwaltung des Präsidenten, dem Ministerpräsidentenam, der Judikative und den Einrichtungen der lokalen Selbstverwaltung; die Verantwortung für alle administrativen Vorgänge im Parlament.

entwicklung muss noch viel geleistet werden. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Arbeit des Parlaments als eine Institution, von der die Interessen des ganzen Volkes wahrgenommen werden, fortlaufend zu verbessern.

In Zukunft sollte unser Parlament auf breiter Basis involviert sein, wenn es darum geht, die Richtung der Entwicklung unseres Landes zu bestimmen. Es sollte in der Lage sein, schnell auf interne und externe Herausforderungen zu reagieren, den Erwartungen der Gesellschaft gerecht zu werden, die Rechtsstaatlichkeit zu schützen, die Menschenrechte zu fördern und zum Aufbau einer korruptionsfreien Gesellschaft beizutragen.

Im Hinblick auf die institutionelle Entwicklung sollte das Parlament zu einer qualitativ höheren Arbeitsorganisation übergehen, es sollte die Qualifizierung seines Personals erhöhen, neue Ansätze und Instrumente im Gesetzgebungsverfahren einbringen, die Außenwirkung des Parlaments neu überdenken und seine technische Ausstattung modernisieren. Detaillierte Maßnahmen zur Realisierung der oben genannten Ziele sind in der bereits oben erwähnten Entwicklungsstrategie des kirgisischen Parlaments bis zum Jahre 2021 niedergelegt.

Was planen Sie, um die kirgisische Öffentlichkeit von der Richtigkeit des Modells der parlamentarischen Demokratie zu überzeugen?

Tursunbekov: Mit der Annahme der Verfassung von 2010 hat die Kirgisische Republik den Weg der parlamentarischen Demokratie gewählt. Es war dies eine bewusste Wahl des kirgisischen Volkes, nach vielen schwierigen und manchmal tragischen Epochen seiner Geschichte. Die Hauptgründe für diese Präferenz können wie folgt zusammengefasst werden:

Erstens waren in der sozialen Struktur oder auch im gesellschaftlichen Aufbau der Kirgisen historisch immer Merkmale einer



Quelle: Kirgisches Parlament.

Am 27. April 2016 wurde Chynbay Tursunbekov mit 88 von 120 der Abgeordnetenstimmen zum neuen kirgisischen Parlamentspräsidenten gewählt. Der bisherige Vorsitzende der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Kirgisistans (SDPK) und Leiter der Regierungs-Mehrheitskoalition aus der SDPK, Partei Kyrgyzstan und Partei Önüügü Progress (Entwicklung-Fortschritt) war in den Jahren 2010 und 2015 jeweils zum Abgeordneten der kirgisischen Nationalversammlung gewählt worden.

1960 geboren handelt es sich bei ihm um einen promovierten Philologen und Journalisten, der 2002 die kirgisische Diplomatenaakademie erfolgreich absolviert hat. Von 1993 bis 1994 war er Vertreter des kirgisischen Erziehungsministeriums an der Botschaft der Kirgisischen Republik in Ankara / Türkei. Nach einer Tätigkeit bei der kirgisischen Radiostation Asattyk gründete er die Unternehmensgruppe AKUN, die bis heute im Bereich der Nahrungsmittelherstellung und -vermarktung tätig ist. Seine offiziellen Funktionen dort lässt er derzeit jedoch alle ruhen.

Volksdemokratie und von lokalem Parlamentarismus existent. Zu allen Zeiten spielten repräsentative Gremien eine wichtige Rolle im politischen Leben der Menschen. Die höchsten Institutionen der Macht, von denen die Schlüsselentscheidungen getroffen wurden, waren allgemeine Volksversammlungen, sog. Kurultays.

Zweitens hat sich die präsidiale Regierungsform nach der Unabhängigkeit im Lande völlig diskreditiert und die Hoffnungen der Menschen in keinsten Weise erfüllt. Die Geschichte der ersten beiden Jahrzehnte des

Projekte der HSS

Mit Unterstützung der nationalen Akademie für öffentliche Verwaltung unter dem Präsidenten der Kirgisischen Republik führt die Hanns-Seidel-Stiftung zweijährige, berufsqualifizierende und staatlich anerkannte Masterkurse mit dem Titel „Parlamentarismus / Management im Parlamentsbereich“ für Angehörige der kirgisischen Parlamentsverwaltung, Mitglieder der parlamentarischen Fraktionen und Vertreter von politischen Parteien durch. In den ersten beiden Jahrgängen (1. Jahrgang: 2011-2013; 2. Jahrgang: 2012-2014) absolvierten insgesamt 38 Teilnehmer den Studiengang erfolgreich.

Seit 2016 verwirklicht die Hanns-Seidel-Stiftung zudem in Zusammenarbeit mit der kirgisischen Nationalen Agentur für den öffentlichen Dienst, der kirgisischen Nationalen Agentur für lokale Selbstverwaltung und interethnische Beziehungen sowie der nationalen Akademie für öffentliche Verwaltung ein staatlich anerkanntes, 72-stündiges Fortbildungsprogramm für Mitglieder kirgisischer Gemeinde- und Stadträte (-parlamente) zu kommunalen Schlüsselthemen wie „Rechtliche Grundlagen der Arbeit von Ratsmitgliedern“, „Geschäftsordnung des Rats“, „Erstellung der jährlichen sozio-ökonomischen Entwicklungspläne“, „Bodenrecht und Baurecht“, „Kommunale Finanzen“ und „Projektplanung / Innovation im kommunalen Bereich“. Allein 2016 durchliefen 96 Teilnehmer diese Fortbildung. Sie wird 2017 aufgrund der hohen Nachfrage wiederholt.

Mehr zu unserer aktuellen Arbeit unter:
www.hss.de/kirgisistan

souveränen Kirgisistans sind hierfür ein anschauliches Beispiel.

Drittens zeigt uns die aktuelle politische Realität, dass echter politischer Wettbewerb nur in einer parlamentarischen Demokratie gewährleistet werden kann. Das kirgisische Parlament als nationale Plattform für unterschiedliche Ansichten, Meinungen und Programme wird zur politischen und sozioöko-

nomischen Stabilität und Weiterentwicklung des Landes beitragen.

Wie wollen Sie die Öffentlichkeit der Kirgisischen Republik motivieren, sich an der weiteren Entwicklung des Staates aktiv zu beteiligen?

Tursunbekov: Die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie ist ohne die aktive Beteiligung der Bürger und der Zivilgesellschaft nicht möglich. Deshalb ist es eine der dringendsten und wichtigsten Aufgaben des Parlaments, die Bedingungen für die aktive Einbeziehung der Bürger in den parlamentarischen Prozess zu schaffen. Dies kann durch einen regelmäßigen Dialog mit der Zivilgesellschaft sowie die Sicherung von Transparenz im Rahmen der Tätigkeit des Parlaments erreicht werden. Daran arbeitet das Parlament heute sehr intensiv. Die Parlamentstätigkeit wird von verschiedenen Seiten ständig durchleuchtet: Mit Hilfe der eigenen Website des Parlaments, durch das parlamentarische Radio und Fernsehen, sowie durch die ständige Präsenz von akkreditierten Journalisten, die ein breites Spektrum von staatlichen, öffentlich / gesellschaftlichen und privaten Massenmedien repräsentieren.

Als Informationsquellen aus dem Parlament stehen zur Verfügung: Datenbank von behandelten Gesetzesentwürfen, Terminplan der parlamentarischen Sitzungen und deren Abstimmungsergebnisse, Entscheidungen der parlamentarischen Ausschüsse und Fraktionen, Protokolle von parlamentarischen Anhörungen, Berichte über Treffen mit den Wählern sowie weitere Informationen, die während der Arbeit des Parlaments regelmäßig gesammelt werden.

Gleichzeitig planen wir, neben der bereits durchgeführten Plenar- und Ausschussarbeit auch mehr Rückmeldung von den Fraktionen einzufordern. Dadurch soll die Transparenz in unserer Tätigkeit weiter gesteigert und unsere Rechenschaftspflicht gegenüber dem Wähler gestärkt werden. Während der Live-Übertragung von Plenar-

sitzungen, von Fraktionstreffen und von Ausschuss-Arbeitsgruppen soll in Zukunft ein interaktives Modul für die Kommunikation mit dem Bürger eingesetzt werden. Bei der Behandlung von Gesetzesentwürfen soll er die Möglichkeit erhalten, in elektronischer Form operativ schnell seine Vorschläge einbringen zu können.

Welcher Beruf ist für Sie interessanter? Der Beruf des Dichters, des Geschäftsmanns oder des Politikers?

Tursunbekov: Alle oben genannten Berufe sind mir bekannt und vertraut, weil ich auch zu jedem meine eigenen persönlichen Erfahrungen habe. Jeder der genannten Berufe entspricht einer bestimmten Etappe meines Lebens.

So las ich in meiner Jugend sehr gerne Poesie und schrieb Gedichte. Es ist deshalb kein Wunder, dass meine erste Universitätsausbildung Philologie wurde und ich auch in diesem Bereich meinen ersten Beruf ausübte. Aber wie sie wissen, kann man von lauter Gedichten nicht satt werden. So beschloss ich, eine unternehmerische Tätigkeit aufzunehmen, bei der ich als Geschäftsmann einen gewissen Erfolg erzielte.

Allerdings, wie unser kirgisches Sprichwort sagt, „sind für einen Mann auch sieben Berufe zu wenig“. Deshalb beschloss ich, nachdem ich Erfahrung und etwas Weisheit gesammelt hatte, in die Politik einzutreten. Und es gibt noch einen guten kirgisischen Spruch: „Wenn du dich nicht mit der Politik beschäftigst, wird sie sich mit dir beschäftigen!“ Als Unternehmer war ich oft der Mangelhaftigkeit unserer Gesetzgebung und ihren Widersprüchen ausgesetzt. Ich hoffe wirklich sehr, dass meine jetzige Arbeit als Politiker ein nützlicher Beitrag zur Verbesserung der Legislative sein wird.

Abschließend möchte ich anmerken, dass alle genannten Berufe für mich interessant waren und sind. Die aus jedem Beruf gezogenen Lehren und Erfahrungen helfen mir bei der Entscheidungsfindung. Ich habe

dadurch gelernt, meine Bewertungen unter Berücksichtigung möglichst aller unterschiedlichen Aspekte vorzunehmen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Achim Munz / Lutz Kohne

Myanmars Hluttaws – Das jüngste Parlament in Südostasien

Die Demokratiebestrebungen in Myanmar etablieren derzeit das jüngste Parlament in Südostasien. Die Herausforderungen sind groß: Die Unerfahrenheit in der parlamentarischen Arbeit, der Einfluss des Militärs sowie eine Verfassung, die aus Zeiten der Militärdiktatur hervorgegangen ist. Gleichzeitig herrschen im Land seit Jahrzehnten ethnische und religiöse Konflikte. Die ersten Parlamentswahlen fanden noch unter der Militärdiktatur statt. Die zweiten wurden als frei und fair bewertet und waren geprägt durch den Erfolg der langjährigen Oppositionspartei NLD, angeführt von Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi. Nun gilt es, die Demokratie und den Reformprozess durch ein funktionierendes Parlament zu stärken und zu festigen.

Schlagwörter:

Myanmar - Birma - Hluttaw - Demokratie in Myanmar - Politisches System Myanmar - Parlamentarische Arbeitsweise Myanmar - Geschichte der Hluttaws - Parlamentarischer Militäreinfluss

MYANMARS HLUTTAWS – DAS JÜNGSTE PARLAMENT IN SÜDOSTASIEN

|| Achim Munz / Lutz Kohne

Seit 2011 befindet sich Myanmar in einem tiefgreifenden Reformprozess von einem autoritären Regime hin zu einer demokratischen Ordnung. Dies führte nicht nur zu einer Aufbruchsstimmung im Land, sondern ebenso zur Etablierung neuer parlamentarischer Strukturen. Die erste Legislaturperiode des neuen Parlamentes (2011-2016) war dabei noch geprägt durch den schrittweisen Aufbau eines demokratischen und stärker respektierten institutionellen Gefüges.

Spätestens jedoch seit dem Erdbeben der *National League of Democracy* (NLD) bei den größtenteils freien und demokratischen Parlamentswahlen in 2015, konnte sich das Nationale Parlament Myanmars (*Hluttaw*) als wichtigster Akteur im institutionellen Umfeld des Landes etablieren und legitimieren. Die demokratische und reformgewillte langjährige Oppositionspartei der jahrelang unter Hausarrest gestandenen Vorsitzenden der NLD, Aung San Suu Kyi, erreichte dabei eine absolute Mehrheit sowohl im Unterhaus (*Pyithu Hluttaw*) als auch im Oberhaus (*Amyotha Hluttaw*) des Parlamentes. Neben den vielen Chancen, die sich aus der weitreichenden politischen Öffnung Myanmars nun dem Lande darbieten, birgt allem voran das *Hluttaw* großes Potenzial, den begonnenen Reformprozess weiter fortzuführen und die Demokratie des Landes weiter zu fördern sowie zu etablieren.

Die Geschichte des Hluttaw

Der Begriff *Hluttaw* (wörtlich *königliche Verlautbarung*) birgt eine ebenso wechselvolle und weitreichende Geschichte wie das Land selbst. Bereits im 13. Jahrhundert wurde im Königreich von Bagan erstmalig ein *Hluttaw* etabliert.¹ In seiner Funktion als Staatsrat bildete es jedoch bis zur britischen Annexion des damaligen Birmas nicht die Legislative, sondern agierte als Exekutiv- und Justizorgan der königlichen Regierung.²

Erst die kolonialen Reformen der britischen Besetzung legten die Grundlagen für ein legislatives Zweikammersystem. Basierend auf dem *Government of Burma Act* aus 1935, bestand dieses aus einem Senat mit 36 Sitzen und einem Repräsentantenhaus mit 132 Sitzen.³ Weder das Parlament der britischen (1824-1948), noch das der durch den zweiten Weltkrieg bedingten japanischen (1942-1945) Besetzung repräsentierte dabei das birmanische Volk.

Als in den 1940er Jahren daraufhin die Unabhängigkeitsbestrebungen wuchsen, begann der damalige Freiheitskämpfer und Vater Aung San Suu Kyis, Bogyoke Aung San, zusammen mit den späteren Machthabern U Nu und Ne Win sowie der von ihm geleiteten *Anti-Fascist People's Freedom League*

(AFPFL) für die Unabhängigkeit seines Landes zu kämpfen.

Myanmar erlangte 1948 folglich die Unabhängigkeit.⁴ Das *Union Parliament*, bestehend aus Ober- (*Lumyozu Hluttaw* oder *Chamber of Nationalities*) und Unterhaus (*Pyithu Hluttaw* oder *Chamber of Deputies*), wurde auf Basis der Verfassung aus 1947 eingerichtet und erfuhr in den Jahren 1951-1952, 1956 und 1960 relativ freie und faire Wahlen. Nichtsdestotrotz, standen diese ersten postkolonialen Jahre im Zeichen tiefen zivil- und legislativpolitischen Misstrauens: parteiinterne Anarchie, Korruption, interethnische Konflikte und eine von Tumulten geprägte parlamentarische Landschaft formten das politische Bild der 1950er Jahre.⁵

Die Wirren dieser Jahre beflügelten schlussendlich das Militär (*Tatmadaw*) unter Führung Ne Wins. Ihm gelang es, die Macht an sich zu nehmen und somit 1962 dem ersten Versuch einer parlamentarischen Demokratie des Landes ein Ende zu setzen.⁶

Die 1974 durch Ne Wins *Myanmar Socialist Program Party* eingeführte neue Verfassung beinhaltete lediglich kosmetische Änderungen, welche mit dem *People's Assembly* ein Einkammersystem hervorbrachte, dessen Abgeordnete zwar durch nationale Wahlen ihr Mandat erhielten, jedoch in der herrschenden Einparteienlandschaft ausnahmslos VertreterInnen der *Burma Socialist Programme Party* waren.⁷ Nachdem daraufhin um den 8. August 1988 die Proteste der Studenten gegen das Militär in dem sogenannten *8888 Uprising*-Volksaufstand gipfelten, formierte das Tatmadaw nach erfolgreichem Putsch das *State Law and Order Restoration Council* (SLORC), welches

noch im selben Jahr eine neue Verfassung lancierte.⁸

Im Mai 1990 fanden nach 30 Jahren erstmalig wieder Wahlen statt. Jedoch waren diese nicht dazu bestimmt, eine parlamentarische Regierung, sondern einen parlamentarischen Verfassungsausschuss zu bilden, um eine neue Verfassung zu erarbeiten. Dabei gewann die NLD unter der Führung von Aung San Suu Kyi 81 Prozent der 447 Parlamentssitze respektive 60 Prozent der Wahlstimmen.^{9, 10} Nach dem erstaunlichen Ergebnis verweigerte das SLORC die Anerkennung der Wahl, stellte zahlreiche Mitglieder der NLD unter Hausarrest (Aung San Suu Kyi stand schon seit 1989 unter Hausarrest) und formte stattdessen einen Nationalkonvent zur Vorbereitung einer neuen Verfassung. Myanmar verblieb für weitere zwei Dekaden unter der Militärjunta des SLORC, welche später in das *State Peace and Development Council* (SPDC) umbenannt wurde. Senior-General Than Shwe war dabei Vorsitzender der Militärjunta und damit das Staatsoberhaupt Myanmars zwischen 1992 und 2011.



Außenansicht des Hluttaws in Myanmar. Quelle: HSS Myanmar.

Während dieser Zeit erstellte das SPDC in 2003 die *Seven-Step Roadmap* zur Etablierung einer künftigen Demokratie. Ausgehend von Schritt Vier dieser „*Roadmap towards a ,flourishing and disciplined democracy‘*“ und dem Willen Than Shwes, wurde im September 2008

durch ein nationales Referendum dem Verfassungsentwurf des Nationalkonvents zugestimmt und somit einem möglichen „*rubber-stamp*“ Parlamentes mit zwar *de jure* relativ viel Macht, jedoch *de facto* kaum Einfluss entgegenwirkt.¹¹

Basierend auf der neuen Verfassung, fanden somit die ersten Wahlen des neuen Hluttaws und der 14 subnationalen Parlamente am 7. November 2010 statt. 10 von 47 politischen Parteien wurden dabei von der Wahl ausgeschlossen. Dieser Ausschluss veranlasste die NLD, dessen Vorsitzende Aung San Suu Kyi noch immer unter Hausarrest stand, die Wahlen zu boykottieren.¹²

Folglich gewann die aus dem SPDC hervorgegangene Regimepartei *Union Solidarity and Development Party* (USDP) – hauptsächlich bestehend aus selektierten ex Armeeoffizieren und Generälen – insgesamt 76,5 Prozent der Sitze des am 31. Januar 2011 erstmalig versammelten Pyithu Hluttaw und des Amyotha Hluttaw.¹³ Zwei Monate später wurden der Präsident Thein Sein, die zwei Sprecher der beiden Kammern sowie alle 659 Mitglieder des Hluttaw inauguriert. Jedoch hatte das Hluttaw nach Aufnahme dessen legislativer Arbeit in den ersten Monaten aufgrund des Wahlausschlusses zahlreicher Parteien einen international schweren Stand.

Die Kritik verstummte allerdings, als im August 2011 Thein Sein ein offizielles Treffen mit Aung San Suu Kyi abhielt und die neue Legislative für den 1. April 2012 Nachwahlen ankündigte. 45 Sitze des Pyithu Hluttaw wurden neu gewählt, wobei die NLD – dieses Mal angetreten – mit 43 gewonnenen Sitzen die Wahl nahezu gänzlich für sich entscheiden konnte.¹⁴

Während die erste fünfjährige Legislaturperiode bereits erste Erfolge wie auch erste Herausforderungen hervorbrachte, verlief sie allem voran verfassungskonform und geordnet. Infolgedessen fanden somit am 8. November 2015 planmäßig die Wahlen zur zweiten Legislaturperiode des Parlaments statt. Die NLD gewann dabei deutlich mit 77 Prozent der Sitze beider Kammern.¹⁵

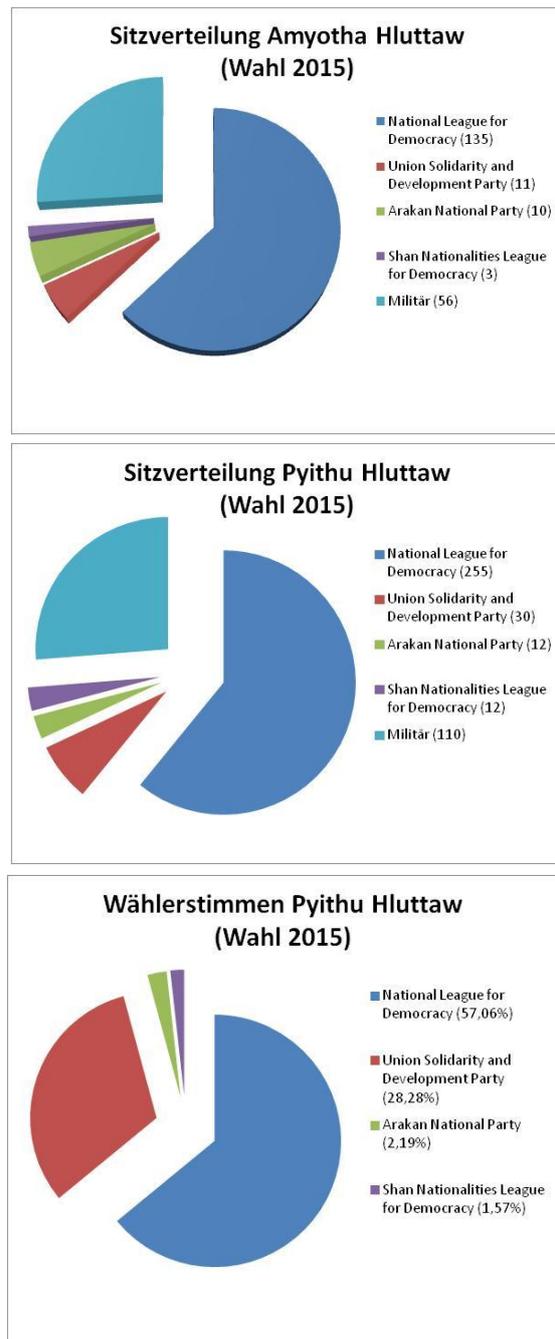


Abbildung 1: Wahl 2015. Eigene Darstellung.

Aufbau und politisches System des Hluttaw

Pyidaungsu Hluttaw, Pyithu Hluttaw, Amyotha Hluttaw: Während die Namen des Parlamentes und dessen Kammern für westliche Leser zunächst befremdlich wirken mögen, so ist die politische Struktur der Republik der Union Myanmar und dessen Parlament, das Pyidaungsu Hluttaw, mit Ausnahme kleinerer Abweichungen dem westlichen Demokratiemodell sehr ähnlich: Modelliert auf Basis des Westminster-Systems, erbaut sich die Republik auf einer parlamentarischen Demokratie.¹⁶

Hierbei besteht das Pyidaungsu Hluttaw mit seinen insgesamt 664 Sitzen aus zwei Kammern: dem Pyithu Hluttaw (Unterhaus) mit 440 Sitzen und dem

Amyotha Hluttaw (Oberhaus) mit 224 Sitzen.

Eine jede Legislaturperiode dauert dabei fünf Jahre an. Vollversammlungen des Pyidaungsu Hluttaw, bestehend aus allen MitgliederInnen des Pyithu Hluttaw und Amyotha Hluttaw.¹⁷

Wahlsystem und Amtserhebung

75 Prozent der Sitze werden durch ein freies und reguläres, relatives Mehrheitswahlsystem durch das Volk mit den VertreterInnen der politischen Parteien besetzt. Die restlichen 25 Prozent bestehen konform Artikel 109 (Formation des Pyithu Hluttaw) und Artikel 141 (Formation des Amyotha Hluttaw) der Verfassung aus dem Jahr 2008 Offiziere des Tatmadaw.

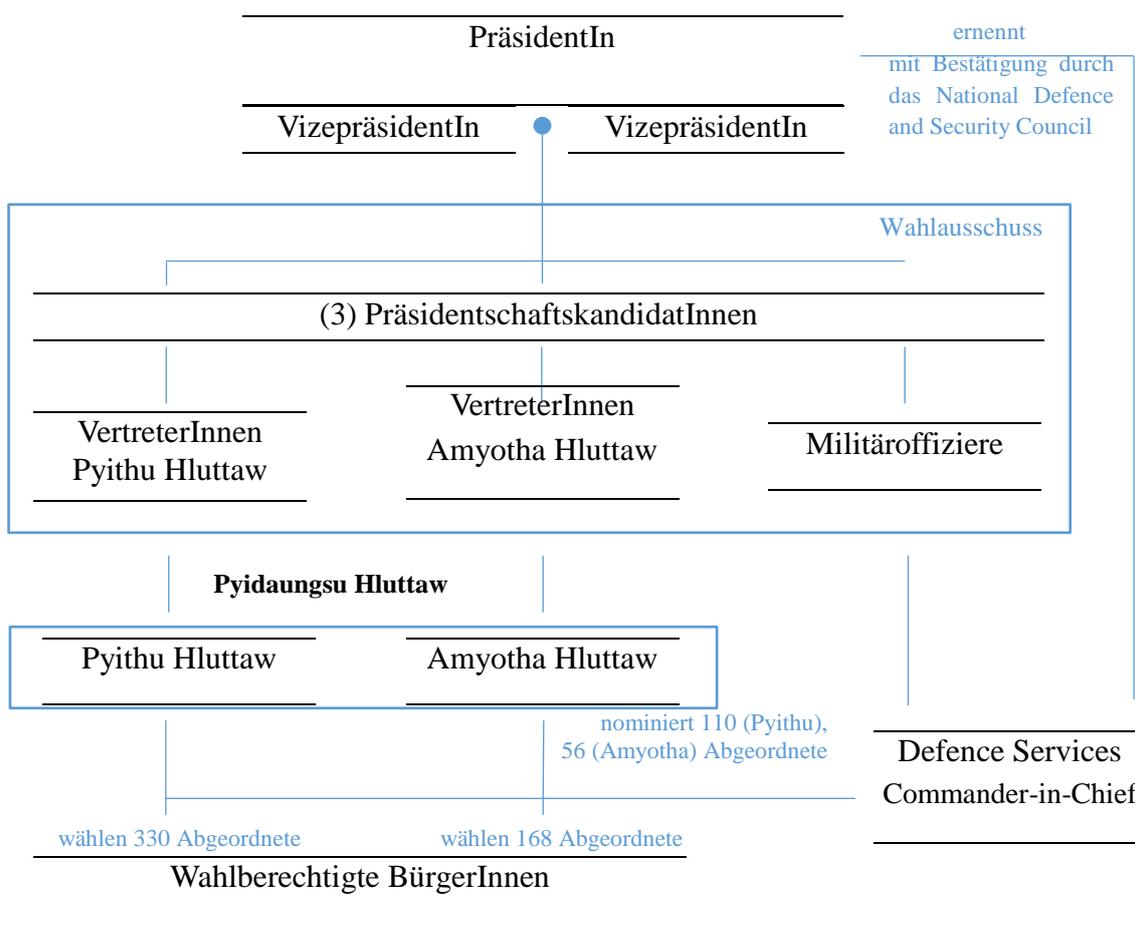


Abbildung 2: Wahlsystem. Eigene Darstellung. Basierend auf Artikel 43 der Verfassung der Republik der Union Myanmar (2008).

Für die Wahlen des Pyithu Hluttaws werden aus den 330 Verwaltungsbezirken („townships“) 330 Wahlkreise gebildet. Aus diesen Wahlkreisen wird jeweils eine Kandidatin oder ein Kandidat mit relativer Mehrheit direkt in das Unterhaus gewählt. Bei der Wahl des Amyotha Hluttaws werden in jedem Staat und in jeder Region durch die Wahlkommission zwölf Wahlkreise gebildet, wofür einzelne Unterhauswahlkreise zusammengefasst werden. Auch diese Wahl basiert auf dem MehrheitsPyithu Hluttaw sowie 56 Offiziere des Amyotha Hluttaw werden durch den Commander-in-Chief nominiert.¹⁸ Die 330 der 440 VertreterInnen des Pyithu Hluttaw repräsentieren somit die örtlichen Gemeinden; die 168 der 224 VertreterInnen des Amyotha Hluttaw die Regionen und Staaten.¹⁹

Die Präsidentin oder der Präsident werden dabei nicht direkt vom Volk gewählt, sondern durch einen präsidentialen Wahlausschuss (siehe Abb. 2). Dieser besteht aus drei Gruppen, welche aus VertreterInnen des Pyithu Hluttaw und des Amyotha Hluttaw sowie aus Militärs beider Kammern bestehen. Jede Gruppe nominiert jeweils eine Person als PräsidentschaftskandidatIn. Diejenige kandidierende Person mit den meisten Stimmen des Wahlausschusses wird in das

Präsidentialamt erhoben, wobei die unterlegenen KandidatInnen die zwei Positionen des Vizepräsidentialamtes beziehen. Nach dem Staatsoberhaupt haben die SprecherInnen der beiden Kammern die institutionell zweitstärkste Position inne. Die Sprecherin oder der Sprecher sowie dessen VertreterIn des Pyithu Hluttaws sowie jene des Amyotha Hluttaws werden jeweils durch die Ab-

geordneten der jeweiligen Kammer gewählt. Die Aufgaben des Sprechers / der Sprecherin für das Pyidaungsu Hluttaw samt VertreterIn werden dabei für die ersten 30 Monate jeder Legislaturperiode durch das Amyotha Hluttaw sowie für die verbleibenden 30 Monate durch das Pyithu Hluttaw übernommen.²⁰

Als Leiter und Kontrollorgane aller Sitzungen der Hluttaws, ist es ihre Aufgabe, die jeweiligen Versammlungen konform der Verfassung durchzuführen und, sollte das Staatsoberhaupt den Wunsch äußern vor einem der Hluttaws zu sprechen, diesem Wunsch offiziell zuzustimmen. Ebenso steht ihnen die Entscheidung zu, verfassungskonforme Organisationen oder VertreterInnen dieser zu Hluttaw einzuladen.

Funktionen und Gesetzgebung des Pyidaungsu Hluttaw

Als Legislativorgan des politischen Systems Myanmars bildet das Pyidaungsu Hluttaw die gesetzgebende Gewalt des Landes. Es ist somit dessen Hauptaufgabe, Gesetzentwürfe konform der Verfassung zu unterbreiten, zu debattieren und zu finalisieren.²¹ Beide Kammern bieten zudem die institutionelle Plattform für Reden und Aufzeichnungen des Staatsoberhauptes, sowie anderer Nachrichten, sollte der jeweilige Sprecher / die jeweilige Sprecherin der Vortragung dieser stattgeben. Das Pyidaungsu Hluttaw bietet somit Raum für Fragen von gesellschaftlicher und nationaler Relevanz.²² Es verfügt zudem über das Mandat der Verkündung von Gesetzen zum Schutze des Volkes und der Abschaffung, Verbesserung und Überprüfung von veralteten Gesetzen, sowie der Entscheidung über nationale

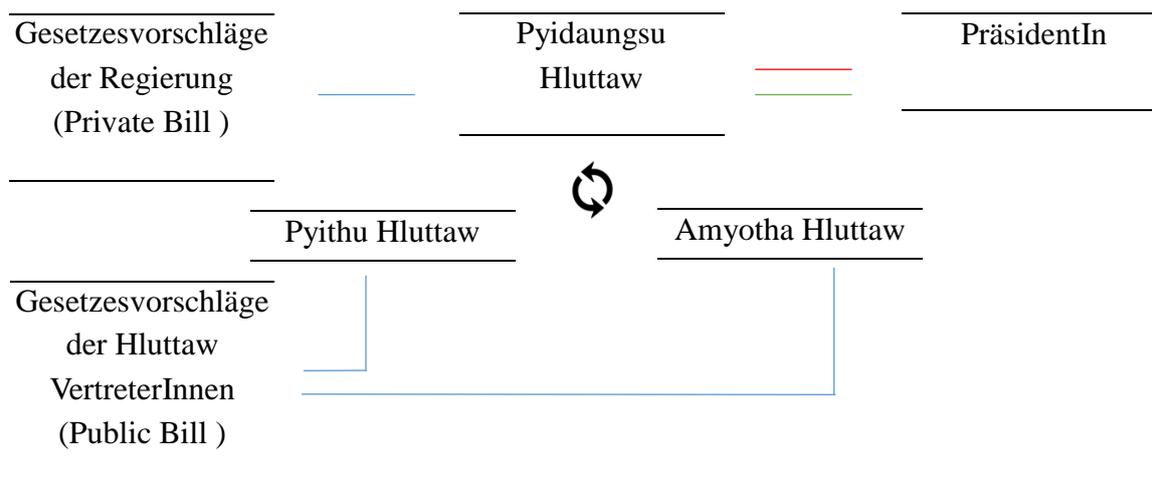


Abbildung 3: Vereinfachter Gesetzesentwurf. Eigene Darstellung. Basierend auf Artikel 136, 137, 138, 139 und 140 der Verfassung der Republik der Union Myanmar (2008).

Planungen, das Haushaltsbudget sowie der Besteuerung.

Der legislative Prozess (siehe Abb. 3) zur Verabschiedung eines neuen Gesetzes beginnt mit der Einreichung eines Gesetzentwurfes durch die Regierung oder durch RepräsentantInnen der Hluttaws bei einer der beiden Kammern. Dieser wird daraufhin entweder im Pyithu Hluttaw oder Amyotha Hluttaw diskutiert und zur Prüfung an den Ausschuss für Gesetzentwürfe (Bill Committee) weitergeleitet. Sollte der Ausschuss keine Einwände erheben und das Gesetz in der jeweiligen Kammer anerkannt werden, wird der Entwurf an die zweite Kammer weitergeleitet.²³

Haben sowohl Pyithu Hluttaw als auch Amyotha Hluttaw dem Entwurf zugestimmt und keine weiteren Änderungen vorgenommen, so wird dieser zur Unterzeichnung an den Sprecher / die Sprecherin des Pyidaungsu Hluttaw weitergeleitet.

Sollte dies erfolgreich geschehen, wird der Entwurf dem Staatsoberhaupt überreicht, welches diesen entweder zur weiteren Überarbeitung kommentieren kann oder aber innerhalb von 14 Tagen

unterzeichnen und öffentlich bekanntgeben muss.

Der Entwurf wird dann an das Oberhaupt des Pyidaungsu Hluttaw gesendet, welcher innerhalb von sieben Tagen nach Veröffentlichung des Gesetzentwurfes sein Einverständnis mitteilen muss. Sollte dies nicht geschehen, tritt das Gesetz dennoch am siebten Tage in Kraft.

Arbeitsweise und Herausforderungen des Hluttaw

Arbeitsweise

In den ersten zwei Versammlungen nach der Wahl 2010 waren vor allem Abgeordnete außerhalb der USDP skeptisch der Hoffnung auf freie und faire Diskussionen. Jedoch wandelte sich die Stimmung im Parlament – Sitzung für Sitzung – in durchaus starken Optimismus, nachdem sensible Themen frei diskutiert, Regierungsvorschläge in Frage gestellt und Konzepte der KabinettsmitgliederInnen schlicht abgelehnt werden konnten.²⁴ Erste Erfolge wie die Verabschiedung von Gesetzen für ein freies Versammlungsrecht, für eine allgemeine

Sozialversicherung oder zum Umweltschutz konnten verzeichnet werden, wodurch erstmalig auch Anerkennung von Seiten der Presse und Öffentlichkeit für die Hluttaws aufkam.

Besonders durch den damaligen Sprecher des Pyithu Hluttaw und ehemaligen Stabschef des Tatmadaw, Thura Shwe Mann, konnte die Position des Parlamentes durch Rückendeckung der parlamentarischen Mehrheit seiner Partei, der USDP, und seiner charismatischen Persönlichkeit gestärkt werden.²⁵ Thura Shwe Mann war zudem – nach seinem Besuch in Deutschland auf Einladung der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) – der erste politische Akteur, welcher sich öffentlich für den Föderalismus als Grundlage einer politischen Zukunft Myanmars aussprach – und dadurch dem durch das Tatmadaw als verbotenen Begriff deklarierten Term *Föderalismus* wieder zu politischer Akzeptanz verhalf.

Nachdem durch die Nachwahlen am 1. April 2012 Aung San Suu Kyi mit der NLD die parlamentarische Bühne betrat, erfüllte sich das Pyidaungsu Hluttaw mit nationalem Prestige.

Die erste Legislaturperiode bezeugte schlussendlich, dass die einstige Sorge um ein weiteres *rubber-stamp* Parlament zügig an Gewicht verlor und der neuen Legislative eine ausgeprägte Kontrolle über die regierende Exekutive innewohnt.²⁶ Dabei ist jedoch jedes Parlament, wie der Politologe Renaud EgretEAU es formuliert, „nur eine Reflektion dessen Abgeordneter“²⁷. Bei seinen Beobachtungen der Hluttaws konnte er dabei drei verschiedenen Verhaltenstypen der Abgeordneten ausmachen:

Die *Políticos*, welche sich aus mehreren charismatischen Bamar²⁸, AnführerInnen ethnischer Minderheiten und ehemals hochrangigen Militärs bilden, bestimmen klar die parlamentarische



Große Verbindungsgänge im Hluttaw. Quelle: HSS Myanmar.

Szenerie. Sie leiten die Debatten, beeinflussen Abstimmungen und entwerfen regelmäßig Gesetzentwürfe.²⁹ Ihr Aktivismus ist essentiell für die Lebendigkeit der parlamentarischen Sitzungen.

Die zweite Gruppe, die *Mobilizers*, bildet sich aus birmanischen Intellektuellen, sozialen AktivistInnen und prominenten Persönlichkeiten wie Aung San Suu Kyi. Als langjährige politische AnführerInnen der Öffentlichkeit sind sie nun auch im institutionellen Rahmen die Stimme zahlreicher Bürger.³⁰

Die restlichen der frei wählbaren Sitze, gefüllt mit den *Silent Partners*, sind die NebendarstellerInnen in den Kammern. Sie sind größtenteils technokratische MitgliederInnen der USDP und positioniert, um im Sinne ihrer Partei abzustimmen.³¹

Herausforderungen

Die vierte Gruppe der Abgeordneten bilden die Offiziere des Tatmadaw: Ernannt durch den Commander-in-Chief, nehmen sie durch die 25 Prozent reservierter Sitze in den Kammern eine exklusive Stellung mit Vetomacht in der neuen demokratischen Ordnung des Landes ein. Basierend auf Artikel 436 der Verfassung Myanmars, sind für eine Änderung der Verfassung mehr als 50 Prozent der Stimmen in einem entsprechenden nationalen Referendum sowie mehr als 75 Prozent der Stimmen im Pyidaungsu Hluttaw vonnöten - ohne die Stimme eines Militärs sind somit dem Parlament die Hände für eine Verfassungsänderung gebunden.³² Eine solche Stimme scheint derzeit jedoch aussichtslos, da die Militärs des Parlamentes durch den Commander-in-Chief ernannt werden, welcher wiederum zwar zunächst durch den Präsidenten oder die Präsidentin er-

nannt wird, jedoch konform Artikel 342 der Verfassung Myanmars durch das National Defence and Security Council bestätigt werden muss. Dieses Council besteht aus elf MitgliederInnen, wobei sechs MitgliederInnen dem Militär entspringen. Ein reformgewillter Commander-in-Chief und somit ebenso reformgewillte ParlamentarierInnen des Militärs, sind somit unwahrscheinlich.

Nach Einschätzung Egroteaus 2015, sieht sich das Tatmadaw, rückblickend auf die turbulenten sechs Dekaden seit der Unabhängigkeit, noch immer als einzig verlässliche und disziplinierte politische Institution, welche das Land vereinen und politische Stabilität garantieren kann. In einem Interview mit Egroteau vergangenen Jahres sagte der vorherige Sprecher des Amyotha Hluttaw und ehemalige General Khin Aung Myint, dass die Aufgabe des Tatmadaws in den Hluttaws die des „Schiedsrichters“ sei sowie die Absicherung, dass durch ihre konstante Präsenz in den Kammern keine Einparteien-Dominanz im Parlament möglich ist.³³

Nach Artikel 20, 40 und dem gesamten Kapitel XI der Verfassung steht den militärischen Institutionen zudem eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber der Legislative sowie im Ausnahmezustand zusammen mit der Exekutive solch starke Macht zu, dass das Parlament mit Leichtigkeit umgangen und elementare Bürgerrechte eingeschränkt werden können.³⁴

Entgegen der langjährigen politischen Erfahrung des Militärs, ist die geringe Kenntnis von parlamentarischen Aufgaben für die gewählten ParlamentarierInnen darüber hinaus eine weitere Herausforderung des jungen Parlamentes. Nur

wenige der derzeitigen Abgeordneten erfuhren ein entsprechendes Training für ihre künftigen Tätigkeiten vor Amtsantritt. Kompetenzen und Wissen in und über parlamentarische Prozesse, sowie eine Übersicht legislativer Mechanismen und Abläufe sind kaum vorhanden. Vor allem auf subnationaler Ebene herrscht großer Bedarf an Maßnahmen zum weiteren *Capacity Building*.

Mit der Errichtung mehrerer Bibliotheken, dem regen Austausch mit ausländischen Parlamenten und Workshops durch internationale politische Organisationen wie der HSS konnte jedoch bereits aktiv dagegen vorgegangen werden.³⁵

Schlussendlich bleibt jedoch die größte Herausforderung die Legitimierung der Hluttaws durch die Bevölkerung. Die relativ freien und fairen Wahlen in 2015 konnten bereits der teils stark illegitimen Zusammensetzung des Parlamentes in dessen erster Legislaturperiode entgegenwirken. Doch das zu einem Viertel in den Hluttaws vertretene Militär, die nur rudimentäre mediale, öffentliche Transparenz der parlamentarischen Arbeit (bspw. durch einen stark limitierten Zugang von JournalistInnen zu ParlamentarierInnen) und allem voran die fortwährende Unterdrückung ethnischer Minderheiten (durch das Parlament und den damaligen Präsidenten Thein Sein wurde beispielsweise den weiterhin unterdrückten Rohingya Anfang 2015 das Wahlrecht entzogen sowie alle parlamentarischen VertreterInnen von der Wahl disqualifiziert) bilden die Hluttaws nun eine Legislative, welche zwar in großen Teilen von der Bevölkerung als anerkannt, jedoch weiterhin als bürgerfern erachtet wird.

Projekte der HSS

Das in 2016 in Kooperation mit Bundestag und Bundesrat begonnene Projekt fokussiert auf eine stärkere Einbindung der Öffentlichkeit in den politischen Alltag Myanmar. Während die HSS dabei vor allem für die Organisation und die Inhalte der Aktivitäten verantwortlich ist, entsenden Bundestag und Bundesrat Experten für die Workshops in Myanmar. Das Projekt verfolgt dabei drei Hauptziele, welche (a) die Erarbeitung und Veröffentlichung einer Broschüre der Hluttaws und einer Datenbank mit Informationen zu den ParlamentarierInnen, (b) die Umsetzung eines Besucherprogramms des Parlamentes sowie (c) die Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit und journalistischen Kooperation des Hluttaws umfassen.

Durch die gemeinsamen Maßnahmen der HSS, des Bundestages sowie des Bundesrats kann so eine Stärkung der politischen Transparenz und somit der Legitimation der Hluttaws erzielt werden, welche den weiteren Friedens- und Demokratieprozess des Landes unterstützt.

Mehr zu unserer aktuellen Arbeit unter:
www.hss.de/myanmar

Eine stärker föderal geprägte politische Struktur und ein gänzlich frei gewähltes Parlament, sowie eine transparentere parlamentarische Arbeit der Abgeordneten und ein freier, unzensurierter Zugang für JournalistInnen sind hierbei das Fundament eines legitimierten Parlamentes. Ausgehend dieses Ansatzes hat daher die HSS in Kooperation mit Bundestag und Bundesrat mit dem vom Auswärtigen Amt finanzierten Projekt für ein bürgernahes Parlament in diesem Jahr begonnen.

Ausblick

Während das Hluttaw in der ersten Legislaturperiode noch stark an optimis-

tischem Moment gewonnen hat, ist es ein Jahr nach den Wahlen in der Hauptstadt Nay Pyi Taw ruhiger geworden. Die großen Erwartungen an die neue politische Ordnung und die Hoffnungen auf tiefgreifende Änderungen – allen voran an der Verfassung – konnten im ersten Jahr nicht realisiert werden.

Aung San Suu Kyi, welche aufgrund der Staatsangehörigkeit ihrer Söhne nicht Präsidentin werden konnte und somit neben dem Präsidenten Htin Kyaw nun als Staatsrätin agiert, gab bereits mehrmals kund, dass ihre höchsten politischen Prioritäten das Erreichen des nationalen Friedens sowie die Überwindung der Armut im Land seien.

Das Erreichen der Ziele gestaltet sich als schwierig. Das immense wirtschaftliche Wachstum Myanmars hat zumindest das Potenzial, eine Grundlage für die Überwindung der Armut im Land zu sein. Politikentscheidungen zugunsten *inklusive* Wachstums sind heute jedoch gefragt wie nie. Denn häufig ist das Gegenteil die Realität: Regelmäßig werden Landwirte enteignet, damit Investoren Infrastrukturprojekte (u. a. im Tourismusbereich) vorantreiben können. Auch das Ziel, nach knapp sieben Jahrzehnten Bürgerkrieg nationalen Frieden zu erreichen gestaltet sich als schwierig. Seitdem im Oktober 2015 acht der 15 ethnischen bewaffneten Organisationen ein nationales Waffenstillstandsabkommen (engl.: *National Ceasfire Agreement* [NCA]) unterschrieben haben, hat die Anzahl der Konflikte zwischen den ethnischen bewaffneten Organisationen und dem Militär zugenommen. Vor allem die ethnischen bewaffneten Organisationen der Kachin und Shan im Norden und Osten des Landes kämpfen für mehr Auto-

nomie in ihren Regionen und gegen das Tatmadaw. Allein im November 2016 gab es trotz elf Treffen zu Friedensverhandlungen 67 Gefechte zwischen den verschiedenen Konfliktparteien und insgesamt 133.000 neue Binnenflüchtlinge.³⁶

Noch immer werden ethnische Minderheiten denunziert und verfolgt. Vor allem die im Land nicht anerkannte muslimische Minderheit der Rohingya im Rakhine State flüchtet vor Gewalt und Unterdrückung. Hohe Militärs und ihre langjährigen Geschäftspartner stellen sich aus Sorge um Wohlhaben und Status noch immer grundlegender Reformen und Verfassungsänderungen entgegen.³⁷



Gruppenbild zur Unterzeichnung des Memorandum of Understanding zwischen dem Hluttaw und der Hanns-Seidel-Stiftung. Quelle: HSS Myanmar.

Kompromisse, welche zuweilen die Einhaltung der politischen Versprechen der Regierungsführerin und ihrer Partei in Frage stellen, müssen eingegangen und Frontalangriffe auf frühere Regimevertreter vermieden werden.

Kurz: Die Konsolidierung der politischen Macht der ehemaligen Oppositionsführerin braucht gerade in Zeiten einer solchen demokratischen Wende mehr denn je einen diplomatischen Ansatz, um einen Rückschlag des Militärs zu verhindern. Da hierbei jedoch mehr Stillstand als Wandel empfunden wird,

macht sich – zögernd – Unmut breit in der Bevölkerung.

Es ist somit zwar zunächst mit zunehmender Skepsis und Desillusion der Bevölkerung gegenüber ihrer VertreterInnen in den Hluttaws und ebenso der Regierung zu rechnen. Jedoch gibt die Ikone und Leitfigur Aung San Suu Kyi der Bevölkerung weiterhin die Hoffnung und Zuversicht, dass die Kompromisse und das derzeitige politische Schachspiel in den Institutionen den begonnenen Reformprozess weiterführen und vollenden können.

|| Achim Munz

Auslandsmitarbeiter Myanmar

|| Lutz Kohne

Hanns-Seidel-Stiftung Myanmar

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Pyidaungsu Hluttaw (2015): The Pyidaungsu Hluttaw - Assembly of the Union, Nay Pyi Taw: Parliamentary Press.
- 2 Vgl. D. M. Seekins (2006): Historical Dictionary of Burma (Myanmar), Lanham, Maryland: Scarecrow Press.
- 3 Vgl. Pyidaungsu Hluttaw (2015).
- 4 Vgl. Ebd.
- 5 Vgl. R. Egreteau (2015): Emerging Patterns of Parliamentary Politics, in: Myanmar. The Dynamics of an Evolving Polity., hrsg. von D. I. Steinberg, Lynne Rienner Publishers, Boulder, S. 59-88.
- 6 Vgl. Ebd.
- 7 Vgl. Ebd.
- 8 Vgl. Pyidaungsu Hluttaw (2015).
- 9 Vgl. Oxford Burma Alliance, 1988 Uprising and 1990 Election, Oxford Burma Alliance, URL <http://www.oxfordburmaalliance.org/1988-uprising-1990-elections.html> [29.11.2016].
- 10 In Myanmar gilt das Mehrheitswahlrecht, so dass die NLD mit 60 Prozent der Stimmen, 81 Prozent der Sitze erringen konnte. So konnte die ethnisch basierte Shan Nationalities League for Democracy 23 Sitze gewinnen (1,62 Prozent der Wählerstimmen) im Gegensatz zur von Militär favorisierten National Unity Party, die nur zehn Sitze mit 21,17 Prozent der Wählerstimmen erhalten hätte. Vgl. Khin Kyaw Han (2000): 1990 Multi-Party Democracy General Elections, URL http://www.ibiblio.org/obl/docs4/1990_multi-party_elections.pdf [01.12.2016].
- 11 Vgl. R. Egreteau (2015) und T. M. Maung (2011): Myanmar's 2010 Elections: Continuity and Change, in: Southeast Asian Affairs Nr. 2011, S. 190-207.
- 12 Vgl. R. Egreteau (2015).
- 13 Vgl. Ebd.
- 14 Vgl. Pyidaungsu Hluttaw (2015).
- 15 Vgl. O. Holmes (2015): Final Myanmar results show Aung San Suu Kyi's party won 77% of seats, in: The Guardian, 23 November 2015. URL <https://www.theguardian.com/world/2015/nov/23/final-myanmar-results-show-aung-san-suu-kyis-party-won-77-of-seats>, [30.11.2016].
- 16 Vgl. Pyidaungsu Hluttaw, „About Myanmar Parliament,“ URL <http://www.myanmarparliament.gov.mm/en> [30.11.2016].
- 17 Vgl. Pyidaungsu Hluttaw (2015).
- 18 Vgl. Ebd.
- 19 Vgl. A. Munz und M. Siegner (2013): Federalism in Myanmar: Status Quo, Positions and Outlook,“ in Federalism in Asia and Beyond. The Wildbad Kreuth Federalism Days 2012, Hanns-Seidel-Stiftung, München.
- 20 Vgl. Republic of the Union of Myanmar (2008): Constitution of the Republic of the Union of Myanmar (2008), Ministry of Information.
- 21 Vgl. Ebd.
- 22 Vgl. Pyidaungsu Hluttaw (2015).
- 23 Vgl. Ebd.
- 24 Vgl. R. Egreteau (2015).
- 25 Vgl. Ebd.
- 26 Vgl. Ebd.
- 27 Vgl. Ebd.
- 28 Die Bamar bilden die größte ethnische Gruppe in Myanmar mit etwa 69 Prozent der Bevölkerung.
- 29 Vgl. R. Egreteau (2015).
- 30 Vgl. Ebd.
- 31 Vgl. Ebd.
- 32 Vgl. Republic of the Union of Myanmar (2008).

- 33 Vgl. R. EgretEAU (2015).
- 34 Vgl. Republic of the Union of Myanmar (2008).
- 35 Vgl. R. EgretEAU (2015).
- 36 Vgl. Myanmar Peace Monitor (2016): Peace Monitoring Dashboard: December 2016; URL: <http://mmpeacemonitor.org/research/monitoring-archive> [30.11.2016].
- 37 Vgl. R. EgretEAU (2015).

Jorge Umberto Mantilla im Interview

Innenansichten der Legislative in Kolumbien

Jorge Humberto Mantilla ist als Generalsekretär der kolumbianischen Abgeordnetenkammer ein profunder Kenner der kolumbianischen Demokratie. Als aktuelle Herausforderung für das Land beschreibt er zuvorderst den Friedensprozess, dessen einzelgesetzliche Implementierung über das Parlament erfolgt. Mantilla bricht dabei eine Lanze für die repräsentative Demokratie. Wichtig für eine weitere Stärkung des Parlaments und damit der Demokratie ist eine Modernisierung, die auf Transparenz und Bürgerbeteiligung abzielt. Auch die Zusammenarbeit mit internationalen Akteuren und der interparlamentarische Austausch sind hierfür von zentraler Bedeutung.

Schlagwörter:

Kongress der Republik Kolumbien – Legislative – Parlamentsverwaltung – Politische Partizipation – Bürgerbeteiligung – Demokratieförderung – Parlamentsberatung – Friedensprozess – Parlamentsmodernisierung – Transparenz

INNENANSICHTEN DER LEGISLATIVE IN KOLUMBIEN

|| Jorge Humberto Mantilla im Interview

Die Republik Kolumbien ist ungeachtet der mit dem vielschichtigen bewaffneten Konflikt verbundenen Herausforderungen eine nicht nur im regionalen Vergleich sehr stabile Präsidentialdemokratie und kann auf eine mehr als 150-jährige Geschichte des Parlaments zurückblicken. Der Kongress der Republik ist ein Zweikammerparlament und besteht aus Senat und Abgeordnetenversammlung. Zu den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen für ein modernes und bürgernahes Parlament, dessen Rolle im Friedensprozess mit der Guerilla FARC und der Zusammenarbeit mit der Hanns-Seidel-Stiftung äußert sich der Generalsekretär der Abgeordnetenversammlung, Jorge Humberto Mantilla. In seiner zwischen Politik und Verwaltung zu verordnenden Funktion ist er neben seiner Aufgabe als Direktor der Verwaltung der Abgeordnetenversammlung auch für die Abstimmung der parlamentarischen Agenda zwischen den Fraktionen zuständig und leitet zudem die Plenarsitzungen. Erfahrung in der Politik sammelte er als Stadtrat und Bürgermeister einer Großstadt sowie als Mitglied der kolumbianischen Abgeordnetenversammlung. Das Interview wurde durch Benjamin Bobbe, Auslandsmitarbeiter für Kolumbien und Venezuela, am 27.12.2016 geführt.

Wo sehen Sie aus Ihrer Sicht als Generalsekretär der Abgeordnetenversammlung derzeit die wichtigsten Aufgaben und größten Herausforderungen für die Demokratie und den Parlamentarismus in Kolumbien?

Mantilla: Die kolumbianische Demokratie befindet sich in einem permanenten Prozess

der Weiterentwicklung. Dies gilt nicht nur für den Staat und seine Gewalten, sondern auch die Bürger insgesamt. Die wichtigsten Aufgaben sehe ich in der Weiterentwicklung unserer Verfassung, die Implementierung und Einhaltung der darin enthaltenen Gesetze und insbesondere der Verwirklichung des sozialen Rechtsstaats, dessen Umsetzung in weniger Armut und mehr soziale Gleichheit resultiert. Die Herausforderungen unserer Demokratie sind es daher, einen vollständigen Frieden zu erreichen, und darüber hinaus die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung voranzutreiben.

Kolumbien erlebt derzeit einen international viel beachteten Friedensprozess mit der Guerilla FARC. Nachdem ein erstes Abkommen in einer von der Regierung Santos freiwillig angesetzten Volksabstimmung von den Bürgern mit äußerst knapper Mehrheit abgelehnt worden war, wurde ein in fast allen Bereichen überarbeitetes Abkommen vorgelegt. Am 1. Dezember 2016 hat nach dem Senat nun auch die Abgeordnetenversammlung dieses neue Abkommen ratifiziert, sodass der Friedensschluss nun eine Realität ist. Könnten Sie kurz die Rolle und Bedeutung des Kongresses der Republik bei der bevorstehenden Umsetzung des Friedensabkommens beschreiben?

Mantilla: Die Umsetzung des Friedensabkommens hat bereits begonnen. Die Regierung hat bereits ein Amnestiegesetz vorgelegt, zwei Gesetzesentwürfe zur Übergangsgerechtigkeit und einen für ein Gesetz über die Beteiligung von Sprechern der neuen Partei der FARC im Kongress der Republik. Zusam-

men mit weiteren, folgenden Gesetzen im Rahmen eines verkürzten Schnellgesetzgebungsverfahrens wird dies der wesentliche Beitrag der Legislative zur Beteiligung am Frieden und zu dessen Konsolidierung sein. Aufgrund seiner Befugnisse zur politischen Kontrolle wird auch die Rolle des Kongresses in der Überwachung und Begleitung des Friedensprozesses ganz wesentlich sein, damit der Frieden auch wirklich eine Realität wird.

In Kolumbien hat sich nach dem negativen Ausgang der von der Regierung freiwillig angesetzten Volksabstimmung und der nachfolgenden Entscheidung der Regierung Santos, das darauf hin überarbeitete Abkommen nicht noch ein zweites Mal der Bevölkerung zur Abstimmung vorzulegen, eine demokratiethoretische Debatte über direkte und repräsentative Demokratie entsponnen. Wie erleben Sie diese Debatte? Und ist es aus ihrer Sicht richtig, dass der Kongress eine solche Entscheidung trifft – und nicht die Bürger direkt?

Mantilla: Ideal wäre es natürlich gewesen, wenn es mehr Zustimmung der Bürger zu dem ersten Abkommen gegeben hätte, die Annahme und Implementierung läuft aber gemäß Verfassung über den Kongress. Nun muss es darum gehen, dass sich die staatliche Gewalten wie auch die FARC richtig verhalten und richtig handeln, um das Vertrauen einer Mehrheit der Zivilgesellschaft zu gewinnen. Es dürfen nun keine Fehler passieren. Der Kongress der Republik ist ein sehr bedeutender staatlicher Akteur unserer Demokratie, denn er bildet alle politischen Kräfte des Landes ab, die das Recht haben sich zu äußern und einzubringen und die bestmöglichen Gesetze zu schaffen, die das Land braucht.

Lassen wir den Friedensprozess einmal außen vor. Was kann der Kongress der Republik grundsätzlich tun, um die Bürger für die Demokratie und für eine aktivere Beteiligung an politischen Angelegenheiten zu gewinnen?

Mantilla: Zuvorderst geht es darum, ein gutes Beispiel durch die Erfüllung der Aufgaben zu geben, das gilt für den öffentlichen wie auch den privaten Bereich. Daneben geht es auch um ein soziales Bewusstsein bei den Inhalten und den Gesetzen, die dort geschaffen werden. Wir arbeiten daran, diese Kultur zu stärken. Das gilt für die Parlamentarier wie auch die Mitarbeiter der Parlamentsverwaltung. Bei all dem ist die Querverbindung nationaler und internationaler Entitäten ganz entscheidend – wie etwa die Hanns-Seidel-Stiftung, die uns berät, weiterbildet und mit Publikationen und bei Prozessen unterstützt, hier vor allem der Bürgerbeteiligung, wo wir darauf abzielen, mehr und mehr Bürger mit der Arbeit des Kongress vertraut zu machen.



Jorge Humberto Mantilla ist seit 2012 Generalsekretär der kolumbianischen Abgeordnetenkammer. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften war er u.a. Bürgermeister Stadt Floridablanca, viele Jahre selber Mitglied der Abgeordnetenkammer mit unterschiedlichen Funktionen in Verfassungsausschüssen. Er ist Mitglied der Konservativen Partei Kolumbiens. Noch heute lehrt er als Dozent an der Universidad Santo Tomas de Aquino de Bucaramanga die Fächer Staatstheorie und Kolumbianisches Verfassungsrecht.

Politik und Verwaltung sind in allen Ländern mit Fragen der Transparenz konfrontiert. Wie stellen sich der Kongress der Republik Kolumbien und insbesondere die Parlamentsverwaltungen von Senat und Abgeordnetenkammer diesem Thema?

Mantilla: Transparenz ist ein zentraler Pfeiler bei Gesetzgebungsprozessen, bei der Praxis der politischen Repräsentation und bei jeglicher Berufsausübung. Aber in der Politik kommt der Transparenz eine besondere Bedeutung zu, denn es geht ja nicht nur um die Praxis des Regierens und des Verwal-

tens öffentlicher Angelegenheiten, sondern auch die Kunst als Menschen zu einer Übereinkunft zu kommen. Politik zu betreiben ist daher eine tägliche Aufgabe, ohne die wir uns weder als Gesellschaft noch als Individuum weiter entwickeln. Daher kann es ohne Transparenz nach meiner Auffassung auch keinen gesellschaftlichen Wohlstand geben.

Die Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung verfolgt unter anderem das Ziel, Parlamente zu stärken. Wir stellen bei unserer Arbeit insbesondere in Präsidialsystemen immer wieder eine starke Exekutivlastigkeit fest. Manche Regierungen versuchen, Parlamente zu schwächen oder Parlamente schwächen sich bei Vorhandensein einer Parlamentsmehrheit der Regierungskoalition teilweise gezielt selbst gegenüber einer Regierung. Auch in Deutschland sehen wir ähnliche Tendenzen. Was ist aus ihrer Sicht im kolumbianischen Fall zu tun, damit der Kongress bestmöglich seine Gestaltungs- und Kontrollspielräume nutzen kann? Sehen sie für Kolumbien überhaupt diesbezüglich einen Handlungsbedarf?

Mantilla: Ich glaube nicht, dass, auch wenn die Exekutive den Staats- und Regierungschef vereint, deren Übergewicht gegenüber den anderen Gewalten ein natürlicher Zustand ist. Ich denke, ein Aspekt an dem wir arbeiten müssen, wollen wir den Kongress stärken, ist die Stärkung der politischen Parteien und nicht etwaiger Bündnisse individueller Interessen. In Kolumbien sehen wir hier einen positiven Wandel. Derzeit gibt es im Kongress und hier insbesondere in der Abgeordnetenkammer eine Reihe von Aktivitäten im Hinblick auf die Beziehung der Zivilgesellschaft zur Legislative. Man hat hier nicht nur in technische Ausstattung investiert, sondern in die Weiterbildung der Verwaltungsmitarbeiter und die Einrichtung von mit der Bürgerbeteiligung beauftragten Abteilungen der Parlamentsverwaltung.

Welchen Beitrag können Organisationen der Internationalen Zusammenarbeit wie die

Hanns-Seidel-Stiftung leisten, um die Demokratie in Kolumbien und insbesondere die Legislative weiter zu stärken? Wie sind Ihre Erfahrungen der Vergangenheit und was würde Sie sich für die Zukunft wünschen?

Mantilla: Zweifellos hat die Internationale Zusammenarbeit einen ganz wesentlichen Beitrag zur Stärkung unserer Demokratie geleistet. Dies insbesondere im Bereich der technischen Zusammenarbeit und dem komplementären Erfahrungsaustausch zwischen Parlamenten in den Bereichen der Gesetzgebung und der Verwaltung sowie insbesondere der Programme zur Annäherung der Bürger an ihre Parlamente. Auch daher war und ist für den Kongress die Zusammenarbeit mit der Hanns-Seidel-Stiftung und deren Partner Stiftung Domopaz so wichtig. Ich nenne als Beispiel die „Tage der offenen Tür“ bei denen wöchentlich Bürger und vor allem Schüler ganz direkt die Aufgaben unseres Parlaments und die Bedeutung der politischen Beteiligung in einer Demokratie verstehen lernen. Hervorheben möchte ich auch die Weiterbildungsprogramme zu Gesetzgebungstechniken für wissenschaftliche Mitarbeiter von Parlamentariern und Verwaltungsmitarbeitern, die Einführungsseminare für neugewählte Parlamentarier zu Beginn einer Legislaturperiode sowie die bereits erwähnten Fachpublikationen zur Gesetzgebung. Wenn wir einen Blick in die Zukunft werfen: Derzeit prüfen wir zusammen mit der Hanns-Seidel-Stiftung und der Unterstützung aus Deutschland die Möglichkeit ein Projekt aufzulegen, bei dem es um die Modernisierung des Petitionswesens geht, also die Bearbeitung von Bürgeranliegen. Hier soll unter anderem durch eine Modernisierung der Datenverarbeitung bedeutende Verbesserung erreicht werden, um Petitionen, Anfragen, Beschwerden und Beanstandungen effizienter als bislang bearbeiten und so den Bürgern eine bessere Dienstleistung bieten zu können.

Vielen Dank für das Gespräch!

VERANTWORTLICH

Dr. Susanne Luther

Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit, Hanns-Seidel-Stiftung, München

HERAUSGEBER

Dr. Susanne Luther

Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Argumente und Materialien der Entwicklungszusammenarbeit

Die „Argumente und Materialien der Entwicklungszusammenarbeit“ werden parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: www.hss.de/mediathek/publikationen.html. Sie können sich gerne für den Publikations-Newsletter des IIZ unter iiz@hss.de anmelden, der Sie über neuerschienene Publikationen und Berichte informiert.

- Nr. 1 Entwicklungspolitischer Dialog in Europa
- Nr. 2 Deutscher Kommentar zur Verwaltungsgerichtsordnung der Mongolei
- Nr. 3 Internationale Migration – Zwischen Braindrain, Entwicklungshilfe und Steuerungsversuchen
- Nr. 4 Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume in Bayern und Shandong
- Nr. 5 Security and Development in Africa – Strengthening Conflict Prevention, Resolution and Management
- Nr. 6 Aktuelle Beiträge zur Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung in Südafrika
- Nr. 7 Die Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung in der DR Kongo
- Nr. 8 Die weltweite Situation der christlichen Minderheiten
- Nr. 9 Frauen brauchen Demokratie, Demokratie braucht Frauen
- Nr. 10 Polizei und Entwicklung – Community Policing als Ansatz in der Entwicklungszusammenarbeit
- Nr. 11 Die Millenniumsentwicklungsziele – Zwischen Anspruch, Wirklichkeit und dem Post-2015 Prozess
- Nr. 12 Stadt, Land, Fluss – Hauptstädte – Motor der Entwicklung?
- Nr. 13 Grenzen – In Stein gemeißelt oder in Auflösung begriffen?
- Nr. 14 Wasser – Kooperationen und Konflikte um die Ressource der Zukunft
- Nr. 15 Entwicklungszusammenarbeit – Zwischen Geben und Nehmen
- Nr. 16 Klimawandel – Politische Implikationen und soziale Verwerfungen
- Nr. 17 Föderalismus – Zwischen Einheit und Vielfalt
- Nr. 18 Flucht und Migration – Lokal. Regional. Global.
- Nr. 19 Demokratie im Aufbruch – Parlamente als Orte der Entscheidungsfindung

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

Institut für Internationale Zusammenarbeit

Leiterin des Instituts: Dr. Susanne Luther

Lazarettstraße 33 | 80636 München

E-Mail: iiz@hss.de | Online: www.hss.de

Tel.: +49(0) 89 12 58-0 | Fax: +49(0) 89 12 58-359

Kürzlich erschienen in der Reihe

mit QR-Code zum schnellen Lesen und Bestellen:



AMEZ 16: Klimawandel

Politische Implikationen und
soziale Verwerfungen



AMEZ 17: Föderalismus

Zwischen Einheit und Vielfalt



AMEZ 18: Flucht und Migration

Lokal. Regional. Global.